Drittens stimmen wir über den Einzelplan 04 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8004, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan. Wer stimmt dem zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, AfD und Herr Neppe, fraktionslos, stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist der Haushalt des Justizministeriums im **Einzelplan 04 in zweiter Lesung** mit Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich rufe auf:

**Einzelplan 14
Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8014

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 17/8014 hin. Wir haben in drei Abschnitten zu debattieren.

Ich rufe nun den ersten Teilbereich auf:

a) Wirtschaft

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Sundermann das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir auf den Haushalt des Einzelplans 14 schauen, schauen wir natürlich auch auf die Wirtschaft in unserem Land und stellen fest, dass wir uns aktuell in Nordrhein-Westfalen in einer Seitwärtsbewegung befinden. Wir haben im Prinzip kaum Wachstum in der Gesamtwirtschaft. Die Industrie hingegen befindet sich in einer Rezession. Das müssen wir leider gemeinsam feststellen.

Der Minister und auch die Kollegen von CDU und FDP definieren sich ja immer ein wenig darüber, wie der Abstand zum Bund ist. Früher hatte der Bund 2,5 % Wachstum, wir hatten 1,7 %. Das waren 0,8 % Unterschied. Jetzt haben wir 0,3 %, der Bund hat 0,4 %, Unterschied 0,1 %. Das ist natürlich nur Mathematik. Wenn andere Bundesländer Probleme haben, sinkt natürlich das Wachstum insgesamt im Bund.

Die Frage ist natürlich auch, ob dieser Abstand etwas mit der Stärke Nordrhein-Westfalens oder eher mit der Schwäche anderer Bundesländer zu tun hat.

Wenn man schaut, wie es aktuell in Baden-Württemberg aussieht, dann findet man darauf sicherlich eine Antwort.

Die Baden-Württemberger haben im Moment große Probleme mit der Automobilindustrie. Es stellt sich die Frage, wie wir hier in Nordrhein-Westfalen mit dieser Problemstellung umgehen. Haben wir einen strategischen Ansatz, wie wir damit umgehen wollen?

Wir werden sicherlich gleich noch hören, dass es in diesem Bereich Einzelmaßnahmen gibt. Einen strategischen Ansatz gibt es aber nicht. Der Minister hat dem Ausschuss am 30. September einen solchen strategischen Ansatz angekündigt; weiter sind wir da noch nicht. Aus unserer Sicht ist einiges dort liegen gelassen worden.

Meine Damen und Herren, die Frage ist, was das Wachstum in Nordrhein-Westfalen aktuell stützt. Es sind die Dienstleistungen, der Konsum. Es ist aber auch und vor allem die Baubranche, die aktuell das Wachstum in Nordrhein-Westfalen stützt.

Schaut man allerdings auf den ifo-Index, dann sieht man, dass die Erwartungen der nordrhein-westfälischen Bauindustrie deutlich schlechter sind als die Erwartungen der Bauindustrie im Bund. Dann muss man natürlich überlegen, was das Land machen kann.

Ja, Sie geben das Geld, das Sie mehr haben, aus. Wir sagen Ihnen aber auch, dass das zu wenig ist. Es reicht nicht. Wir müssen aktuell mit Investitionen in die Infrastruktur klotzen, nicht kleckern. Die schwarze Null gehört an dieser Stelle nicht auf dem Prüfstand, sondern abgeschafft.

(Beifall von der SPD)

Sie haben an dieser Stelle eine Blaupause: Wir haben die Niedrigzinsphase genutzt – „Gute Schule 2020“, Investitionen in die Schulinfrastruktur –, machen Sie das an anderen Stellen auch. Stärken Sie die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, und tun Sie auch etwas für die Menschen in Nordrhein-Westfalen!

Was gefährdet denn das Wachstum in Nordrhein-Westfalen? Eine Gefahr nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern auch für den Bund sind sicherlich die außenwirtschaftlichen Problemstellungen.

Aus aktuellem Anlass möchte ich noch einmal auf den Brexit zu sprechen kommen. Das ist – das möchte ich gerne vorwegschicken – keine grundlegende Kritik am Ministerium, auch nicht am Minister und schon gar nicht an seinen Abteilungen, die für die Außenwirtschaft tätig sind.

Es ist vielmehr eine organisatorische Fragestellung und ein Thema der Landesregierung, wie man das organisiert. Sie haben sich entschieden, dies mit einem Brexit-Beauftragten zu machen. Natürlich kann

man darüber diskutieren, ob ein Mensch, der für einen Finanzdienstleister arbeitet, der richtige Mann ist, um das für Nordrhein-Westfalen zu tun. Diese Frage kann man sich sicherlich stellen.

Man kann natürlich auch die Frage stellen – und das würde ich nach dem Parteitag der CDU, nach all dem, was vorher passiert ist, auch tun –, ob denn dieser Mensch neben seiner fachlichen Qualifikation, die ich auch in Abrede stellen möchte, persönlich geeignet ist, diesen Job auszuüben.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Für so eine Stelle für Nordrhein-Westfalen ist das erste Gebot Loyalität. – Und dass dieser Mann illoyal ist, haben wir, glaube ich, letzte Woche deutlich gesehen.

(Beifall von der SPD)

In diesem Zusammenhang müssen wir aufhören, von Ehrenamtlichkeit zu sprechen. Herr Merz verdient sein Geld damit, dass er Netzwerke pflegt.

(Zuruf von der CDU)

Er pflegt Netzwerke, und aus diesen Netzwerken heraus generiert er Vorteile für sich und zukünftige Aufträge. Dadurch, dass er das für Nordrhein-Westfalen macht, kann er sein Netzwerk verdichten. Insofern kann man sagen: Er macht das vielleicht umsonst, aber sicherlich nicht ehrenamtlich.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Abschließend möchte ich sagen, dass wir hier häufig über wirtschaftspolitische Ansätze diskutieren. Ihre Ansätze sind klassisch: weniger Regularien, mehr Fläche, weniger Steuern, mehr Markt, weniger Staat.

Wir sagen: Wir brauchen auch in Nordrhein-Westfalen klare Vorgaben und verlässliche Regularien. Der Staat muss aktiver werden. Er muss Leitplanken setzen, innerhalb derer sich Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich entwickeln kann. Dass dies funktioniert, hat doch gerade die Umweltwirtschaft in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren sehr deutlich gezeigt.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir abschließend die Frage: Was ist eigentlich aus dem Umweltwirtschaftsbericht geworden? – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Sundermann. – Herr Rehbaum spricht nun für die CDU-Fraktion.

Henning Rehbaum (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Sundermann, Sie können über Herrn Merz sagen, was Sie wollen. Sie müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass wir seit den Brexit-Ankündigungen über 100 Ansiedlungen von

Firmen aus Großbritannien in Nordrhein-Westfalen verzeichnen können.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Wo ist da der Beitrag von Herrn Merz? – Weitere Zurufe)

Bis zur Regierungsübernahme trug Nordrhein-Westfalen beim Wirtschaftswachstum regelmäßig die rote Laterne unter den Bundesländern. Die Arbeitslosigkeit betrug 7,5 %; 709.000 Menschen waren im Juli 2017 arbeitslos; Rot-Grün war krachend gescheitert.

Mit dem Regierungswechsel hat eine Aufholjagd begonnen. Trotz Handelskonflikten, Brexits, Manipulationsskandals in der Autoindustrie und abgeschwächter Konjunktur wächst die Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich.

Gegenüber Juli 2017 haben wir 83.000 Arbeitslose weniger. Das RWI spricht sogar von über 120.000 zusätzlichen Beschäftigten bis Ende 2019. Unser Wirtschaftswachstum liegt bei 0,3 % gegenüber 0,4 % im Bundesdurchschnitt, und, Herr Sundermann, die Industrie in Nordrhein-Westfalen wächst sogar überdurchschnittlich.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Horst Becker [GRÜNE] und Michael Hübner [SPD])

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Nordrhein-Westfalen hat die rote Laterne abgegeben. NRW ist wieder da.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck. Es geht um Beschäftigung für die Menschen, Zukunftssicherung für Familien. Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage, um staatliche Aufgaben wie Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Verkehrswegebau, Kultur, Innovationen und Investitionen in Klimaschutz zu meistern. Deswegen ist Wirtschaftspolitik ein Kernstück der NRW-Koalition.

Wir wollen, dass alle Branchen ihre Potenziale entfalten: die Industrie mit Chemie, Stahl, Aluminium, Glas, Papier, Handwerk und Mittelstand, Maschinenbau, Autozulieferer, Landwirtschaft, Lebensmittelherstellung, Energieanlagenbau, Tourismus, Gastronomie, Einzelhandel, Baugewerbe, Digitalwirtschaft, Kreativwirtschaft.

(Zuruf von der SPD)

Unsere Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat viele Standbeine, und jedes wird gebraucht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zu einer guten Wirtschaftspolitik gehören eine klare Haltung und eine Willkommenskultur für Unterneh-

men. Unternehmen brauchen eine attraktive Infrastruktur: im Verkehr, bei der Energie und den Daten. Sie braucht Fachkräfte. Sie braucht Strom zu jeder Sekunde, viel Digitalisierung, wenig Bürokratie und schnelle Genehmigungen.

Ein Blick in die letzte Legislaturperiode zeigt, wie unterschiedlich Wirtschaftspolitik sein kann. Der Wirtschaftsminister der SPD sah sich gezwungen, seine wirtschaftspolitischen Leitlinien am ideologischen Widerstand im eigenen Kabinett vorbei ins Parlament zu bugsieren. Er sagte von sich selbst, er sei nur für rhetorische Aufgaben zuständig.

Die Wahrheit ist: Bei Rot-Grün war Wirtschaftspolitik immer nur Gedöns. Da nutzt es auch nichts, wenn die Grünen nun auf ihrem Parteitag beschließen, plötzlich Wirtschaft zu können. Wirtschaftskompetenz bekommt man nicht im Stuhlkreis beim Wochenendworkshop, man muss sie leben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von den GRÜNEN: Tätä! Tätä!)

Wir in der NRW-Koalition von CDU und FDP leben das erfrischende Gegenmodell selbstbewusster Wirtschaftspolitik für das größte deutsche Bundesland. Unser industriepolitisches Leitbild wird vom kompletten Kabinett getragen, und wir stellen Wirtschaftsminister Pinkwart 30 % mehr Mittel für ordentliche Wirtschaftspolitik zur Verfügung.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Zum Beispiel: 550 Millionen Euro für Wirtschaftsförderung, für Mittelstand, Handwerk und viele andere, 14 Millionen Euro für die Steinkohlerückzugsgebiete, mehr als 10 Millionen Euro für das Netzwerk „it's OWL“ mit dem Megathema „Industrie 4.0“. Im Rahmen der Ruhr-Konferenz wurde das „Spitzencluster für industrielle Innovationen“ aus der Taufe gehoben, das im ersten Jahr mit 15 Millionen Euro gefördert wird. Hier geht es darum, den Wandel der Industrie und des Energiesystems voranzutreiben und den industriellen Kern des Ruhrgebiets zu stärken.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Herzlichen Dank!)

Der Tourismus boomt, da gibt es 30 % mehr Mittel. Die Mittel für den Klimaschutz und die Energiewende werden mehr als verfünffacht.

Wirtschaftspolitik ist ein zentrales Arbeitsfeld der Landesregierung, NRW kommt voran.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die NRW-Koalition stattet Minister Pinkwart und sein Team auch für 2020 mit einem Haushalt auf hohem Niveau aus. So wollen wir etwas bewegen. So kommen wir unserem Ziel näher, NRW als Wirtschaftsstandort Nummer eins zu positionieren. Über „Klimaschutz made in NRW“ sprechen wir in der nächsten Runde. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Rehbaum. – Jetzt spricht Herr Becker für Bündnis 90/Die Grünen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Unruhe)

Horst Becker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass dies der dritte Haushalt ist, den diese Koalition zu verantworten hat. Das heißt, Sie sind haushaltstechnisch über die Mitte Ihrer Zeit hinweg.

Wenn man dann schaut, was Sie alles versprochen haben und womit Sie gestartet sind – Sie wollten die Wachstumslokomotive in der Bundesrepublik sein, Sie wollten das Wirtschaftsland Nummer eins sein –, dann frage ich, wo Sie gelandet sind. Sie bedienen sich jetzt schon der Prognosen, Herr Rehbaum. Es sind nämlich keine Feststellungen, sondern es sind Prognosen des RWI – übrigens im Auftrag des Ministeriums –, das jetzt davon ausgeht, dass NRW 0,3 % Wachstum hat, der Bund 0,4 %. Ich wage das zu bezweifeln, und zwar begründet.

Das gleiche RWI hat nämlich als Schätzung – denn es läuft ja immer nach hinten, erst kommt die Schätzung, und zwei Jahre später folgen die richtigen Zahlen – im Sommer festgestellt: 0,1 % für NRW und 0,4 % für den Bund. Wenn jetzt im Jahresmittel als Prognose am Ende 0,3 % für die nordrhein-westfälische Wirtschaft herauskommen soll, müssten wir ja im zweiten Halbjahr weit über den Zahlen und dem Durchschnitt des Bundes liegen. Das wage ich zu bezweifeln.

Wir werden es ja im nächsten Jahr sehen. Dann werden wir diese Debatte weiterführen. Auf jeden Fall ist es eines nicht: Es ist nicht plötzlich ein Aufholen, es ist nicht plötzlich eine Lokomotive, sondern bestenfalls ein langsames Rollen auf das Abstellgleis. Das, was Sie uns immer vorgeworfen haben, praktizieren Sie hier und loben sich dafür. Das ist der Unterschied. Sie loben das, was Sie früher kritisiert haben.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN– Zuruf von der FDP: Unsinn!)

Meine Damen und Herren, das, was wir hier bei der Wirtschaft erleben, erinnert an die Sektoren Verkehr und Bildung. Sie sind im Verteidigungsmodus. Ich habe heute Morgen interessiert zur Kenntnis genommen, wie Herr Pinkwart bis hin zur Digitalisierung in den Schulen sozusagen den Rückgriff auf die Politik von vier, fünf Jahren machen musste, um zu begründen, warum er nach zweieinhalb Jahren nicht weiter ist, als er es ist, und die Koalition insgesamt nicht. Das ist auch hier der Fall.

Wenn Sie sich der Konjunktur und vor allem des Arbeitsmarktes rühmen, der – der Kollege Sundermann hat darauf hingewiesen – von bestimmten Sektoren getragen wird, dann gibt es allerdings ganz deutliche Warnzeichen, mit denen sich der Minister nach unserem Eindruck überhaupt nicht ausreichend beschäftigt.

Ich nenne thyssenkrupp: minus 6.000 Stellen, 4.000 davon in Deutschland, die meisten in NRW.

Bayer: minus 4.500 Stellen in Deutschland, die meisten in NRW.

Ford: minus 5.000 Stellen in Deutschland; wie viele in NRW, ist noch nicht ganz klar, aber es werden auch in NRW einige sein.

Conti: minus 7.000 in Deutschland.

Covestro: minus 900 Stellen.

E.ON, innogy, RWE: minus 5.000 Stellen.

Da würde man von einem Minister erwarten, dass er sich sozusagen die Hacken abläuft. Was erleben wir? Der Minister ist immer noch Wissenschaftsminister und redet hauptsächlich von Start-ups, die aber beispielsweise im Verhältnis zu Berlin auch deutlich ausbleiben. Existenzgründungen sind ausweislich des Instituts für Mittelstandsforschung deutlich zurückgegangen, Herr Rehbaum – nicht aufwärts, sondern zurückgegangen. Rückgang ist Ihr Markenzeichen in diesem Bereich, nicht Fortschritt. Das ist Tatsache.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Und was haben Sie nicht alles beim Mittelstand und beim Handwerk versprochen? Am Ende des Tages ist eine Ladenöffnungszeit herausgekommen, mit der Sie den Versandhandel in den Griff bekommen wollten. Seitdem ist der Versandhandel gestiegen, im Einzelhandel, im Mittelstand ist das Geschäft weiter zurückgegangen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Was haben Sie denn da erreicht, außer dass Sie die Kommunen und die gesamte Szene ins Chaos gestürzt haben? Sie haben nichts erreicht. Überhaupt nichts ist in dem Bereich herausgekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben großk... – Ich wollte fast „großkotzig“ sagen, Herr Präsident, habe es aber nur fast gesagt, also nicht.

(Zurufe)

Sie haben großherrisch angekündigt, dass Sie die Grunderwerbsteuer abschaffen wollten; eine mittelstandsfeindliche Steuer haben Sie sie genannt. Was ist passiert? Sie haben sich hinter Berlin versteckt. Sie sitzen heute noch in der Furche und verstecken sich hinter Berlin.

(Ralph Bombis [FDP]: Wir wollen es aber familienfreundlich machen! – Gegenruf von Christian Dahm [SPD]: Da warten wir noch drauf!)

Nichts von alledem ist zustande gekommen. Sie sind in diesen Bereichen in Ankündigungen stecken geblieben. Das ist ein Desaster.

Ich will auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, der von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist. Herr Minister, Sie sind auch Energieminister. Das gehört auch zum Bereich Wirtschaft.

(Henning Rehbaum [CDU]: Das machen wir in der nächsten Runde, Herr Becker!)

Ein Energieminister, der die Energie in Nordrhein-Westfalen abwürgt, zum Beispiel die Windkraft, und der jetzt eine Wasserstoff-Roadmap auf den Weg bringen will, von der man überhaupt nicht weiß, wann sie denn fertig werden soll – ich erinnere noch einmal daran, dass Sie bereits zweieinhalb Jahre regieren –, der bleibt weit hinter anderen Bundesländern zurück.

(Zurufe von der FDP)

Die norddeutschen Bundesländer beispielsweise

(Beifall von den GRÜNEN – Henning Rehbaum [CDU]: Sie liefern so viele Steilvorlagen!)

haben bereits eine gemeinsame Wasserstoffstrategie mit Anwendungen und Mustern auf den Weg gebracht, die sie bis Ende 2019 gemeinsam verabschiedet haben werden. Und Sie fangen gerade erst unbestimmt mit einer Roadmap an. Mehr passiert hier im Lande nicht.

Das gilt auch für die Elektromobilität. Tesla beispielsweise geht nach Brandenburg. Sie weinen der Zulieferindustrie für Tesla hinterher und sagen, die müsse auch bedient werden.

In diesen Bereichen haben Sie außer Ankündigungen nichts geschafft in diesem Land. Das ist Ihre Politik. Deswegen kommen Sie auch immer mehr dazu, sich zu verteidigen. Das wird im nächsten Jahr noch zunehmen, das sage ich voraus. Wir werden erleben, dass diese Landesregierung im Sumpf ihrer eigenen Ankündigungen stecken bleiben wird, weil sie sie nicht erfüllen kann.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Becker. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte

Herren! Herr Becker, Ihre Rede war ein Konglomerat unkorrekter Darstellungen, Falschbehauptungen und bewusster Irreführungen. Das müssten Sie wirklich besser wissen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wissen Sie, was mich stört? Ich weiß, dass Sie es besser wissen. Ihre Rede enthielt wirklich bewusste Falschdarstellungen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Norwich Rüße [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Die NRW-Koalition verfolgt klare Ziele in der Wirtschaftspolitik. Wir fördern eine zukunftsorientierte Wirtschaft, die Wachstum schafft und Arbeitsplätze sichert. Wir treiben die Digitalisierung voran. Wir entlasten Betriebe und Mitarbeiter durch Entbürokratisierung.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt Fakten!)

Wir fördern Innovationen und Zukunftstechnologien, übrigens nicht zuletzt im Sinne des Klimaschutzes. Es ist weder damit gedient, zu behaupten, wie die Ewiggestrigen auf der rechten Seite dieses Hauses, es gebe kein Klimaproblem, noch ist damit gedient, nur mit Verboten zu arbeiten. Innovation schafft Klimaschutz, und zwar internationalen Klimaschutz. Das ist der Weg dieser Koalition.

(Beifall von der FDP und der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Dann machen Sie doch mal!)

Wir werden das Rheinische Revier zu einer Modellregion machen.

Herr Becker, Herr Sundermann, es ist im Prinzip auch egal, ob wir über Zahlen diskutieren oder nicht. Fakt ist: Das, was Sie hier als Abstellgleis darstellen, bedeutet in Wahrheit, dass NRW aufgeholt hat. NRW liegt wieder nahe am Bundesdurchschnitt. Das haben Sie nicht geschafft. Was die Arbeitsplätze angeht, sind wir sogar besser als der Bundesdurchschnitt. Das kommt bei den Menschen in NRW an, und darauf kommt es an.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

In allen Bereichen – Mobilität, Stadtentwicklung, Standortentwicklung – sind wir stärker. Wir denken diese Bereiche zusammen. Ähnlich wie im Entfesselungspaket III fördert die Landesregierung durch den neuen Entwicklungsplan mit erhöhten Mitteln den Infrastrukturausbau.

(Horst Becker [GRÜNE]: Macht doch mal ein Entfesselungspaket für die Windkraft!)

Im Rheinischen Revier schaffen wir das zentrale Thema unserer Zeit: die Transformation der Wirtschaft zum Erhalt und zur Neuschaffung der Wertschöpfungsketten. Gerade das Rheinische Revier

verfügt über das Potenzial, hier als Vorreiter voranzugehen. Das werden wir nicht nur mit den Mitteln aus Berlin finanzieren, die dann hoffentlich fließen werden, sondern das läuft insbesondere auch über die Kofinanzierungen, die diese Landesregierung zur Verfügung stellt: allein 12 Millionen Euro im Haushalt 2020, um die Anschubfinanzierung für die Projekte im Rheinischen Revier sicherzustellen.

Wir werden die Zukunftsagentur Rheinisches Revier als Kern dieses Prozesses stärken. Wir werden dafür sorgen, dass langfristig sichergestellt ist, dass diese Institution wirkt.

In den Bereichen Handwerk, Mittelstand und freie Berufe sind wir genauso unterwegs. Ich kann Ihnen aufgrund der Kürze der Zeit gar nicht alle Punkte auf meinem Zettel vorlesen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Können Sie uns ja zuschicken!)

Erwähnen möchte ich aber die Förderung des Instituts für Mittelstandsforschung, die institutionelle Förderung des Deutschen Handwerksinstituts, die Projektförderung und die Initiativen in den Bereichen Handwerk und Mittelstand oder die Handwerkspreise, die gerade wieder an vier besonders innovative Handwerksunternehmen vergeben worden sind.

All das zeigt, dass diese NRW-Koalition breit aufgestellt ist, bis hin zu Industrie und Start-ups.

Herr Becker, es ist übrigens wirklich lächerlich, dem Minister gegenüber zu behaupten, er agierte immer noch wie ein Wissenschaftsminister.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Das zeigt mir, dass Sie mit niemandem aus der Wirtschaft sprechen. Jeder, vom Handwerk über den Mittelstand und die Industrie bis hin zu Start-ups und Gründern, sagt, es sei unglaublich, wie dieser Minister in der Fläche vertreten sei.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Unglaublich, ja! Das stimmt!)

Ich sage Ihnen: Das macht dieses Land stark.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das gilt auch für den Tourismus und andere Bereiche. Sie sollten es besser wissen.

Eines gehört auch zur Wahrheit dazu – und das sage ich hier genauso offen –: Wir verschließen nicht die Augen vor den Herausforderungen, denen das Land begegnen muss, wie Sie es unter Rot-Grün getan haben.

Natürlich ist der Brexit eine große Herausforderung, und natürlich arbeitet die Landesregierung in allen Häusern daran, wenn es darauf ankommt. Auch der Brexit-Beauftragte Merz hat hier unterstützt und viel geholfen.

Das gilt zum Beispiel für den Bereich der Handelskonflikte. Nordrhein-Westfalen ist teilweise von den großen Trends in der Welt abhängig. Dementsprechend leiden wir als größtes Bundesland und auch als größtes Industrieland – dass Sie das erwähnen, ist auch lächerlich, Herr Becker – darunter, überproportional von bestimmten Trends betroffen zu sein.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Ach nee! – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Norwich Rüsse [GRÜNE]: Das sind doch jetzt Ausreden!)

Diesen Konjunkturdellen, diesen Risiken, die auch in der Fachkräfteproblematik begründet liegen, versuchen wir über alle Häuser hinweg und ganz sicher im MWIDE zu begegnen. Das gilt für die Steigerung der Erwerbstätigkeit – wir haben gerade noch über das KiBiz diskutiert –, den Wirtschaftsunterricht, der im MSB adressiert wird, die Mobilität oder den Klimaschutz durch Innovationen und andere Dinge, die im MWIDE auf der Tagesordnung stehen. Alle Häuser arbeiten hier gemeinsam Hand in Hand.

Stellvertretend zeigt insbesondere das Wirtschaftsministerium: Wir haben es geschafft, dass im Gegensatz zu Ihrer Regierungszeit wieder eine Willkommenskultur in diesem Land herrscht –

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Glauben Sie das alles eigentlich selber, was Sie da erzählen?)

eine Willkommenskultur für Investitionen und Innovationen. Darin liegt die Stärke.

Deswegen: NRW wird weiter aufholen. Wir werden NRW dahin bringen, wo es hingehört: auf Platz eins der Wirtschaftsländer in Deutschland. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bombis. – Jetzt spricht Herr Loose für die AfD-Fraktion.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Industrieproduktion ist im Sinkflug, die Auftragseingänge sind im Sinkflug, und der Auftragsbestand ist ebenfalls im Sinkflug – so unternehmer nrw in ihrer aktuellen Studie.

Doch denken Sie jetzt bitte nicht, dass die Landesregierung daran Schuld habe. Nein, schuld sind natürlich immer die anderen: mal der böse Trump,

(Ralph Bombis [FDP]: Den mögen Sie ja!)

mal der Brexit oder auch mal die Konflikte am Persischen Golf. – Diese Nebelkerzen werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Die Probleme in NRW sind hausgemacht. Der letzte Strukturwandel ist gescheitert. Die Menschen im

Ruhrgebiet werden im Stich gelassen: 12 % Arbeitslosigkeit in Duisburg-Nord, 12 % in Gelsenkirchen-Süd. Und jetzt kommt die Landesregierung darauf, auch noch den Kohleausstieg zu erzwingen – gegen die Interessen der Arbeiter, gegen die Interessen der Industrie.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Gegen die Interessen von RWE!)

Aber die Arbeiter werden besänftigt – zumindest die im Tagebau; denn sie sollen eine hohe Abfindung bekommen.

Auch die Industrie soll besänftigt werden und Rabatte auf den Strompreis erhalten.

Aber eines vergessen Sie immer: wer das Ganze bezahlen soll. Das ist die Krankenschwester, die jeden Morgen aufsteht und zur Arbeit fährt. Das ist der Malocher am Band. Das ist die Verkäuferin. Und das sind die Arbeiter in der energieintensiven Industrie, wenn nämlich deren Arbeitgeber Schritt für Schritt ins Ausland abwandern. Herr Becker hat viele Zahlen genannt.

Die Firmen investieren nicht mehr in Deutschland, sondern vornehmlich im Ausland, insbesondere in China. Am Ende werden die Mitarbeiter in Deutschland zurückgelassen – so zurückgelassen wie zum Beispiel die Bergleute, die Sie ebenfalls im Stich gelassen haben, wie wir im Sommer gesehen haben. Denn neue Jobs sind rar.

NRW ist nämlich führend bei den Arbeitslosenzahlen. Jeder dritte Arbeitslose kommt aus NRW. Besonders betroffen sind übrigens Ausländer. Von den 626.000 Arbeitslosen sind mehr als 200.000 Ausländer.

Aber statt sich um die Arbeitslosen zu kümmern, verteilen Sie lieber mit vollen Händen Geld. So freuen Sie sich unverhohlen über das Subventionsprogramm der EU. Das Ganze bezeichnen Sie auch noch als das bedeutendste Programm in Ihrem Haushalt. Dabei hat Deutschland – besser gesagt: haben die Steuerzahler in Deutschland – vorher den doppelten Betrag an die EU überwiesen. Sie freuen sich jetzt, wenn Sie die Hälfte davon zurückbekommen.

Dann werden in Sitzungen von 50 Leuten und mehr die Gelder von einem Topf in den anderen Topf geschoben. Dieses Förderprogramm namens EFRE ist eines der größten Bürokratiemonster der EU.

Beim EFRE-Programm soll es aber eigentlich darum gehen, dass diese Gelder den Regionen zukommen, die wirtschaftlich am schlechtesten dastehen. Wir würden jetzt erwarten, dass zum Beispiel Duisburg oder Gelsenkirchen Geld bekommt. Aber nein, die größte Summe geht natürlich an die Region des Herrn Ministerpräsidenten. Die Region Aachen erhält

mit Abstand die meisten Gelder aus diesem Programm. Aber wahrscheinlich haben wir alle nur übersehen, dass Aachen das Armutshaus NRWs ist.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Sie haben doch gar keine Ahnung!)

– Ich bin im Begleitausschuss OP EFRE. Sie habe ich da noch nicht gesehen.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Keine Ahnung!)

– Letzte Woche war die Präsentation. Sie hätten einfach da sein sollen. Dann hätten Sie es gewusst.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Ich lade Sie mal ein!)

– Ich war in der Sitzung des Begleitausschusses. Sie waren nicht da. Ich habe Sie nicht gesehen. Sie können aber gerne eine Frage stellen.

Gute konservative Politik heißt aber auch mal sparen. Stattdessen werden auch gut laufende Branchen mit Geld gefüttert, bis sie sich überfressen.

Deshalb bekommt auch Tourismus NRW mehr Geld. Dort holt man sich dann neue Berater, und heraus kommt eine neue Datenbank für Bilder von Hotels, also etwas, was die Bürger bereits kennen. Das nennt sich Booking.com, HolidayCheck oder Tripadvisor. Buchen sollen Sie mit dem System von Tourismus NRW allerdings nicht können. Sie sollen sich nur informieren. Ganz ehrlich: Wenn die Kunden einen Urlaub buchen wollen, wollen sie sich nicht auf einer Seite informieren und auf einer anderen Seite buchen. Sie wollen direkt wissen, welches Hotel überhaupt noch verfügbar ist, und dann direkt buchen. Das können sie mit dem System von Tourismus NRW nicht. Insofern ist das eine vorhersehbare Totgeburt, die viele Millionen Euro kosten wird.

Wir lehnen Ihre Geldverschwendung, Herr Pinkwart, und Ihren Subventionshaushalt ab und empfehlen Ihnen: Kommen Sie endlich zurück zum System der sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist das mit Abstand einwohnerstärkste Bundesland und auch das gemessen am Bruttoinlandsprodukt nach wie vor wirtschaftsstärkste Bundesland. Gleichwohl hat Nordrhein-Westfalen über längere Strecken nicht die Performance gezeigt, die dieses Land hätte zeigen können.

Die Potenziale sind nicht in hinreichendem Maße genutzt worden.

Ich möchte nur die amtliche Abschlussbilanz, für die nicht wir bezahlt haben, sondern die offiziell vom RWI festgestellt worden ist, verlesen, Herr Becker. In Ihrem letzten vollen Regierungsjahr 2016 ist das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland um 1,9 % gewachsen; in Nordrhein-Westfalen waren es 0,9 %. Zwischen 2010 und 2017 ist das Wachstum jedes Jahr um im Durchschnitt 0,8 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt geblieben.

Das erklärt die höhere Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen und auch manch anderen Rückstand gegenüber anderen Bundesländern, den wir erlebt haben.

(Ralph Bombis [FDP]: So ist es!)

Dies hat viele Ursachen. Aber eines ist klar: Damit kann und darf sich dieses Land nicht zufriedengeben. Wir müssen hart daran arbeiten, dass es in den nächsten Jahren besser wird. Dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich empfinde es nicht als Beschimpfung, dass Sie mir bescheinigen, ich hätte vielleicht auch etwas mit den Wissenschaften zu tun. Ja, ich bin auch für Innovation zuständig. Innovation findet an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft statt. Ich arbeite mit meiner geschätzten Kollegin Frau Pfeiffer-Poensgen konkret daran, dass wir die Mittel, die das Land Nordrhein-Westfalen einsetzt, die Sie, das Hohe Haus, uns als Landesregierung dankenswerterweise zur Verfügung stellen, die die Steuerzahler dankenswerterweise bereitstellen und die wir für Forschung und Wissenschaft ausgeben, in Zukunft noch stärker mit der Praxis in Verbindung bringen und durch besseren Transfer, auch durch Förderung von Start-ups, nutzen können, um die Wirtschaft wettbewerbsfähiger und die Arbeitsplätze zukunftsträchtiger zu machen.

Daran arbeitet diese Landesregierung. Wir sind technologieoffen. Wir haben keine ideologischen Scheuklappen, wie das vorher der Fall war. Wir nutzen die Chancen der Hochschul- und Forschungseinrichtungen

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

und versuchen, mit den Firmen zusammenzuarbeiten.

Das gilt auch für ein Kernthema, das gerade von Ihrer Fraktion, Herr Becker, über Jahre immer wieder propagiert wird, nämlich den Klimaschutz. Wir haben als erste Landesregierung – und nicht Sie – gesagt: Wenn wir zu den Pariser Klimaschutzzielen stehen – und das tun wir –, wenn die Industrie sich bis zur

Mitte dieses Jahrhunderts in Richtung Klimaneutralität entwickeln soll und wenn wir alle als Gesellschaft uns in Richtung Klimaneutralität entwickeln wollen, dann werden wir das nicht erreichen können, indem wir nur inkrementelle Innovationen betreiben und Energieeffizienz weiter vorantreiben, wie wir das über Jahrzehnte durchaus erfolgreich hier am Standort Nordrhein-Westfalen getan haben; dann werden wir auch zu disruptiven Innovationen kommen müssen.

Wir haben eine Landesinitiative mit über 30 Industrieunternehmen gegründet, Herr Sundermann. Wir haben uns mit den Industrieunternehmen, mit den Betriebsräten und mit den Gewerkschaften abgestimmt und uns gefragt: Wie schaffen wir es in Nordrhein-Westfalen, unser Know-how an den Forschungseinrichtungen in der Wissenschaft zu nutzen und zusammen mit der Industrie zu einer klimaneutralen Industrie in Nordrhein-Westfalen zu kommen?

Auf dieser Grundlage entwickeln wir unsere Wasserstoffstrategie – aber nicht nur als ein Papier. Denn wir setzen es schon um. Wir sind das erste Land der Welt, das zeigt, dass wir am laufenden Hochofen die Kohlenstoffreduktion durch Wasserstoffreduktion ersetzen können –

(Beifall von der CDU und der FDP)

eine weltweite Premiere hier in Nordrhein-Westfalen. Das treiben wir voran. Wir setzen mit IN4climate diese Initiative um.

Wir sprechen mit der Industrie – mit Chemie, mit Zement, mit Stahl, mit Glas. Wir reden mit allen auch über die Frage der Genehmigungsverfahren. Wie bekommen wir das hin, und zwar möglichst schnell? Und: Welche Technologien haben wir, um das tatsächlich umsetzen zu können?

Dann kommt uns doch wieder der eigene Standort zugute. Wir haben hier einen tollen Anlagenbau. Wir haben Maschinenbau, gerade in der Metropole Ruhr. Auch durch die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften – das will ich unterstreichen –, mit den Betriebsräten und mit den Unternehmensleitungen haben wir die Initiative „Spitzencluster Industrielle Innovationen“ im Ruhrgebiet gestartet. Hier wollen wir die Elektrolyseure entwickeln. Hier wollen wir auch digitale Instrumente entwickeln, damit die Industrie und die verschiedenen Branchen diese Entwicklungen mit neuesten Technologien voranbringen können.

Wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen zeigen können, wie das geht, dann schaffen wir für diese Industrien auch die internationalen Marktplätze, auf denen sie die Technologien später weltweit vertreiben können.

So begreifen wir unsere Arbeit in Nordrhein-Westfalen. Wir sehen die großen Herausforderungen durch den Klimawandel. Wir sehen die Globalisierung. Wir

sehen die Themen in der Digitalisierung und auch in der Demografie. Wir nutzen die Technologien, die wir haben. Wir bringen die Menschen zusammen. Mit ihnen zusammen arbeiten wir hier in Nordrhein-Westfalen daran, dass dieser Standort wieder seine Leistungsfähigkeit entfalten kann. Dafür machen wir unsere Entfesselungspolitik. Dafür machen wir unsere Forschungs- und Innovationspolitik.

Ich danke den Regierungsfractionen sehr herzlich für die tolle Unterstützung und für die Mittel, die uns hierfür im Haushalt bereitgestellt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zum Teilbereich a), Wirtschaft, nicht vor, sodass ich die Aussprache dazu schließe.

Wir kommen zum Teilbereich

b) Energie, Landesplanung

Als erstem Redner erteile ich dem Kollegen Sundermann für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte sehr.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich meine Ausführungen zum Teilbereich Energie beginnen, indem ich an den Teilbereich Wirtschaft anknüpfe. Was kann die Landesregierung in diesem Bereich noch mehr tun? Der Staat kümmert sich um Infrastruktur. Das ist eine aktive Wirtschaftspolitik und auch eine aktive Energiepolitik. Hier sehen wir an zwei Stellen ein deutliches Systemversagen.

Das Erste ist – das werden wir gleich unter dem Punkt „Digitales“ diskutieren –: Der Breitband- und Glasfaserausbau ist in Nordrhein-Westfalen privatisiert und funktioniert nicht.

Das Zweite ist – das ist jetzt unser Bereich – der Ausbau der Übertragungsnetze. Vier Netzbetreiber sollen diesen Netzausbau in Deutschland vornehmen. Wir stellen fest: Es klappt nicht. Wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen wir da. Wir initiieren Maßnahmen, schauen und fragen uns, was man tun kann, um die Energiewende zu gestalten. Aber einer der wichtigsten Bestandteile, vielleicht der wichtigste überhaupt, nämlich der Netzausbau, funktioniert an dieser Stelle nicht.

Meine Damen und Herren, was kann man denn dann tun? Natürlich fallen uns als Erstes die Genehmigungen ein. Die Genehmigungsverfahren müssen schneller werden. Der Minister hat letztes Mal in ei-

nem Halbsatz ein weiteres Deregulierungspaket angekündigt. Ich sage Ihnen: Ja, das ist wichtig. Natürlich ist es wichtig, dass auch wir hier die entsprechenden Dinge tun. Unterhalten Sie sich einmal mit den Leuten von Amprion. Aber es ist zu spät, Herr Minister. Sie haben sich als Erstes um die Hygieneampel gekümmert und kümmern sich erst jetzt um den Netzausbau. Das ist eine falsche Prioritätensetzung.

(Beifall von der SPD)

Als Zweites geht es um die Bereitschaft der Unternehmen, dieser vier Netzausbaubetreiber, mehr Geld in die Hand zu nehmen und schneller zu werden. Wir müssen ernsthaft darüber diskutieren, ob sich der Staat nicht an diesen Netzagenturen, an diesen Unternehmen, beteiligt. Denn ich glaube, dass bei diesem wichtigen Infrastrukturprojekt der Staat es besser und schneller macht als die Unternehmen, die es heute tun. An dieser Stelle – das können wir, glaube ich, feststellen – unterscheidet sich unser wirtschaftspolitischer Ansatz sehr deutlich, meine Damen und Herren.

Damit komme ich zu dem nächsten Punkt, auf den ich eingehen möchte. Wir setzen uns immer zwei entscheidende Benchmarks, wenn wir über Energiepolitik reden. Die eine Benchmark ist das Klimaabkommen von Paris, das wir alle einhalten wollen. Die zweite Benchmark ist, dass wir die Ergebnisse der WSB-Kommission und die entsprechenden Maßnahmen hier umsetzen wollen.

An dieser Stelle muss ich Kritik an der Landesregierung üben. Wir sind der Meinung – und nicht nur wir –, dass genau das nicht funktioniert. Wir haben uns in der WSB-Kommission auf einen Ausstiegspfad festgelegt. Wie steigen wir aus der konventionellen Energieversorgung aus? Auf der anderen Seite brauchen wir dann natürlich einen Zuwachs an erneuerbaren Energien, die dieses Delta schließen.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle aus einer Anhörung zitieren. Diese Anhörung hat sich mit den Maßnahmen beschäftigt, die Sie über Ihre Energieversorgungsstrategie aufgelegt haben. Der BDEW äußert sich zu Ihrer Energieversorgungsstrategie folgendermaßen:

„Kritisch sieht der BDEW allerdings die aus unserer Sicht weiterhin zu geringen Ambitionen der Landesregierung in Bezug auf den nötigen weiteren Ausbau der Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik.“

Der BDEW regt an, dass die Landesregierung ihre Haltung dort ändert.

Der VKU führt aus:

„Bei der Windenergie an Land bleibt die Strategie allerdings hinter unseren Erwartungen zurück. Hier gibt es eine deutliche Diskrepanz zwischen Anspruch (Ausbauziele) und Wirklichkeit ...“

Das stellen also nicht nur wir fest, sondern das stellen maßgebliche Akteure fest, die sich mit Energie in unserem Land beschäftigen.

Meine Damen und Herren, Sie bedienen sich immer wieder der Taktik, auf den Bund zu verweisen. An allen Stellen verweisen Sie auf den Bund. Jetzt sagen Sie: Der Bund legt 1.000 m fest; das hat auch Auswirkungen auf unsere Repowering-Aktivitäten. – Meine Damen und Herren, mit diesen Nebelkerzen werden Sie nicht durchkommen. Das wird nicht funktionieren.

Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich – ich habe Ihnen das schon im Ausschuss gesagt und wiederhole es hier gerne –: Diese Strategie hält bis zum 13.09.2020, bis zu den Kommunalwahlen.

Danach werden Sie diese Strategie einpacken müssen; denn sonst werden Sie den Energieausbau, den wir brauchen, nicht schaffen. Dann wird alles das scheitern, und dann werden genau die Benchmarks, die wir uns immer setzen – das Umsetzen des Klimaschutzabkommens und die Eins-zu-eins-Umsetzung der Ergebnisse der WSB-Kommission –, nicht erreicht. Ihre Energiepolitik wird genau an diesem Punkt scheitern. Deswegen lehnen wir sie auch ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Rehbaum das Wort.

Henning Rehbaum (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der Energiewende erleben wir eine Operation am offenen Herzen der größten Volkswirtschaft Europas. Wir schalten bis Ende 2020 die sechs letzten Atomkraftwerke ab. Jedes dritte Kohlekraftwerk wird in den nächsten zwei Jahren geschlossen. 60 % der Kohlekraft werden bis 2030 vom Netz gehen, und der Rest wird 2038 oder eventuell sogar schon 2035 vom Netz gehen.

Gleichzeitig müssen wir die Erneuerbaren in gleichem Maße ausbauen, ebenso wie Gaskraftwerke, Leitungen und Speicher. Das ist eine riesengroße Aufgabe.

Wenn wir es falsch machen, werden wir nicht nur Stromausfälle erleben, sondern auch die Verteuerung von Strom, die Aufgabe von Unternehmen oder die Verdrängung der Produktion ins Ausland und Arbeitslosigkeit mit all ihren negativen Effekten für die Betroffenen und für die Gesellschaft. CO₂ wird in diesem Falle im Ausland ausgestoßen, und dem Klima wäre nicht geholfen.

Wenn man es richtig macht – und das wollen wir –, ist die Energieversorgung für die Bürger, für die Unternehmen und zum Beispiel auch für die Krankenhäuser zu jeder Sekunde des Jahres sichergestellt. Dann sind die Strompreise für Familien und Firmen bezahlbar, ist der Strukturwandel erfolgreich gemeistert, produzieren die Unternehmen bei uns vor Ort mit gut bezahlten Arbeitsplätzen und halten wir die CO₂-Ziele von Paris ein.

Wir als NRW-Koalition wollen, dass die Energiewende eine Erfolgsgeschichte wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Als Zwischenbilanz können wir festhalten, dass Nordrhein-Westfalen das Ziel eines um 25 % reduzierten CO₂-Ausstoßes im Vergleich zu 1990 bereits deutlich erfüllt. Das reicht uns aber nicht. Mit dem Koalitionsvertrag und den Haushalten für Klimaschutz seit 2017 haben wir uns enorm ins Zeug gelegt.

Bemerkenswert ist an dieser Stelle das außerordentlich niedrige Haushaltsniveau, das wir 2017 von Rot-Grün für den Bereich Energie und Klimaschutz übernommen haben. Wenn das die Leute wüssten! Die Grünen, diejenigen mit dem längsten moralischen Zeigefinger, geben am wenigsten Geld für den Klimaschutz aus. Miesepetrig die Menschen im Alltag gängeln, Einfamilienhäuser, Flugreisen und Luftballons verbieten, die Industrie aus dem Land ekeln,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Wie wohnen Sie denn? Herr Rehbaum aus dem Kreis Warendorf, wie wohnen Sie denn?)

die Lasten der Energiewende völlig einseitig auf den Bürgern außerhalb der Großstädte abladen

(Beifall von der CDU und der FDP)

und vor Ort gegen Windräder und Stromleitungen demonstrieren, bis die Schwarte kracht: Das ist grüne Doppelmoral!

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

So spaltet man das Land. So fährt man die Energiewende vor die Wand.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das tun Sie doch! Sie machen das!)

Es gibt Klima-Kippunkte, die wir unbedingt vermeiden müssen. Es gibt aber auch gesellschaftliche Kippunkte. Auch diese müssen wir sehr ernst nehmen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ja! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Die Energiewende darf doch kein Strohfeuer sein. Sie muss nicht nur bis zur Kommunalwahl 2020, zur Bundestagswahl 2021 oder zur Landtagswahl 2022 wirken.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist das Einzige, was Sie interessiert: Die nächsten Wahltermine!)

Nein, Klimaschutz muss dauerhaft funktionieren.

Unternehmer und Arbeitnehmer müssen auf diesem steinigen Weg mitgenommen werden und begeistert dabeibleiben. Sie brauchen Begeisterung, damit die nächste Familienkutsche ein E-Fahrzeug wird, Begeisterung dafür, sich statt eines Zweitwagens ein Jahresabo für die reaktivierte Schienenstrecke zuzulegen, Begeisterung für die neue Photovoltaikanlage zu Hause auf dem Dach und Begeisterung für Innovationen wie die wasserstoffbasierte Stahlproduktion

(Horst Becker [GRÜNE]: Das habt Ihr doch alles kaputt gemacht!)

mit IN4climate in Duisburg, Flüssigsalz-Energiespeicher im Rheinischen Revier oder die Batterieforschungsfertigung in Münster.

Der Haushalt der CDU/FDP-Regierung für Energie und Klimaschutz spricht eine klare Sprache. Seit 2017 haben wir den Ansatz für Energie und Klimaschutz von Rot-Grün mehr als verfünffacht: insgesamt 165 Millionen Euro im Jahr 2020, mehr Geld für IN4climate und die treibhausgasneutrale Industrie der Zukunft, 40 Millionen Euro für Elektromobilität.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das stimmt doch alles nicht!)

Seit 2017 haben wir 11 Millionen Euro für 1.500 Anträge für stationäre Akkus bei Photovoltaikanlagen ausgegeben. Im nächsten Haushalt stehen 10 Millionen Euro für kommunalen Klimaschutz, 11 Millionen Euro für die Energieforschung zum Beispiel in Bezug auf Wasserstoff, 29 Millionen Euro Kofinanzierung für Maßnahmen im Rheinischen Revier und weitere 174 Millionen Euro für Verpflichtungsermächtigungen für diese große Aufgabe.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gerade bei der Energiewende gilt: Reden ist Silber, Machen ist Gold.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von Wibke Brems [GRÜNE])

Nicht gegen die Unternehmen, Herr Becker, sondern nur gemeinsam mit unseren Unternehmen, mit Bürgerinnen und Bürgern, die wir mitnehmen, statt sie zu verprellen, und mit unseren Kindern, die uns immer wieder motivieren, für eine gute Zukunft in unserem Land zu sorgen, werden wir es schaffen: eine starke, wettbewerbsfähige, mittelständisch geprägte Wirtschaft, gut bezahlte Arbeitsplätze und Klimaschutz made in NRW. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Als nächste Rednerin hat

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Brems das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss jetzt einmal mit der einen oder anderen Aussage aufräumen.

Das Budget des Kapitels für Klimaschutz und Energiewende wird im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht reduziert. Das hörte sich gerade ein bisschen anders an. Zum einen sind die Aufwüchse, die Sie gerade genannt haben und ja immer im Namen des Klimaschutzes für sich reklamieren, nicht im aktuellen Jahr zu verzeichnen, sondern stammen aus vergangenen Jahren. Zum anderen möchte ich daran erinnern – wir haben das schon öfter miteinander debattiert –, dass es sich bei einem Großteil davon auch um Mogelpackungen handelt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Aha!)

Ich sage Ihnen gerne noch einmal, welche Mogelpackungen das sind. Die erste Mogelpackung betrifft den Aufwuchs von 2018 auf 2019. Da waren zum Beispiel 40 Millionen Euro bei dem Titel für die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr vorgesehen. Dieses Projekt hat sich verschoben und wird auch im Jahr 2020 nicht realisiert werden. Das heißt: Diese Millionen stehen nur auf dem Papier. Damit ist erst einmal nichts weiter passiert. Sie wurden nicht beansprucht.

Deswegen sind diese Mittel jetzt für das nächste Jahr umgeschichtet worden – 20 Millionen Euro in die Forschungsfertigung Batteriezelle in Münster und 10 Millionen Euro in die Unterstützung des Strukturwandels im Rheinischen Revier.

(Henning Rehbaum [CDU]: Das sind doch gute Sachen!)

– Ich wusste genau, dass der Einwand kommt, dass das gute Sachen sind. Dagegen sage ich auch kein einziges Wort, Herr Rehbaum. Dagegen sage ich nichts. Diese Sachen sind richtig und wichtig. Aber sie sind originär kein Klimaschutz. Denn den Strukturwandel müssen wir sowieso bewältigen. Dann können Sie das nicht als Aufwuchs im Klimaschutzbereich bezeichnen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Sie sagen, dass Sie die Forschungsfertigung Batteriezelle jetzt fördern wollen und dass das Klimaschutz ist.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wir steigen aus der Kohle aus!)

Entschuldigung; dann müssten Sie doch alles, was im Bereich Forschung und Entwicklung passiert und

Energiewende und Speicher angeht, in dieses Ministerium bringen. Genau dafür gibt es doch diese Aufteilung.

Das ist aber nur ein Teil. Die zweite Mogelpackung ist, dass ein anderer großer Batzen der Mittelaufstockung in den vergangenen Jahren in die Elektromobilität ging. Das haben Sie gerade auch selber gesagt.

(Henning Rehbaum [CDU]: Gute Sache!)

Ich möchte Sie noch einmal auf Folgendes hinweisen: Elektromobilität ist nur dann gut für den Klimaschutz, wenn wir auch etwas am Strommix ändern und stärker in Richtung erneuerbare Energien gehen. Das tun Sie aber wieder nicht. Das sehen wir an anderen Stellen immer wieder.

(Beifall von den GRÜNEN)

Solche Anstrengungen erkennen wir weder im Haushalt noch an sonstigen Stellen. Sie bauen die erneuerbaren Energien eben nicht entsprechend aus. Sie haben gerade gesagt, dass Sie sich bemühen. Das ist ja schön. An vielen Stellen reicht das aber nicht. Beim Klimaschutz reicht es nicht.

An einer Stelle bemühen Sie sich auch gar nicht. Denn bei der Windenergie wollen Sie nur den Deckel draufmachen, um ihr den Todesstoß zu versetzen. Und so funktioniert das einfach nicht.

Dann möchte ich zu dem kommen, was in diesem Jahr passiert. In diesem Jahr wird nämlich bei der klimaneutralen Landesverwaltung, obwohl es immer darum geht, dass wir eine Verantwortung haben und ein Vorbild sein müssen, das Budget statt einer dringend notwendigen Mittelserhöhung erneut reduziert.

Alles das ist kein klimapolitischer Aufbruch. Statt kurzfristig wirksamer Klimaschutzprojekte, die wir dringend bräuchten, sehen Sie wieder irgendwelche Langfristprojekte vor, die Sie dann in die Zukunft verschieben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Brems, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Rehbaum möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie sie zulassen.

Wibke Brems (GRÜNE): Ja, natürlich.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön.

Henning Rehbaum (CDU): Liebe Kollegin Brems, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben gerade von dem Todesstoß für die Windenergie gesprochen. Haben Sie denn mitbekommen, dass wir im Bundesrat erfolgreich einen Antrag

durchgebracht haben, in dem es darum geht, zusätzliche Ausschreibungsvolumina in den Markt zu geben? Und was halten Sie eigentlich davon, dass bundesweit mittlerweile 234 Windenergieanlagen durch Artenschutzklagen verhindert werden sollen?

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Sie haben das Wort, Frau Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank. – Das waren ja mal wieder zwei kombinierte Fragen; sehr spannend.

(Henning Rehbaum [CDU]: Ein Thema!)

– Wir kriegen das hier alles miteinander hin. – Ich habe Sie oder auch die Kollegen, die sich im Bundesrat für zusätzliche Ausschreibungsvolumina engagiert haben, dafür gelobt und gesagt: Das ist ein erster positiver Schritt.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

– Ich bin ja gerne bereit, das auch zu sagen, wenn es richtig ist. – Dann möchte ich Sie aber auch darauf hinweisen, dass das Ganze noch gar nichts gebracht hat. Wenn wir uns die Ausschreibungsergebnisse angucken, finden wir – ganz aktuell – am 1. November 2019 keine einzige Windenergieanlage bundesweit.

(Dietmar Brockes [FDP]: Also ist Nordrhein-Westfalen daran schuld!)

Dann hilft es auch nichts, wenn man die Volumina erhöht und sagt: Wir haben doch alles getan. – Nein, Sie haben nicht alles getan. Sie tun eben nicht alles. Sie machen mit Ihrer Debatte um Abstände den Leuten vor Ort dort Angst, wo es absolut nicht nötig ist. Das funktioniert so nicht.

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Das ist weit weg von der Realität, dass wir den Leuten Angst machen!)

Dann spielen Sie den Naturschutz dagegen aus. Das passt vorne und hinten nicht. Sie machen sich doch lächerlich. An dieser einen Stelle ist Ihnen der Naturschutz auf einmal wichtig, obwohl er Ihnen sonst vollkommen egal ist.

Ich finde, dass man Naturschutz und Klimaschutz auch beim Thema „Windenergie“ miteinander in Einklang bringen kann, wenn man dafür beispielsweise Mediationsangebote macht. Die entsprechenden Mittel hat diese Landesregierung auch gekürzt, weil sie gesagt hat: Den von der Vorgängerregierung eingeführten EnergieDialog brauchen wir nicht. – Doch, wir brauchen genau solche Mediationsangebote.

Aber Sie wollen das alles nicht. Sie wollen im Grunde genommen die Windenergie kaputt machen. Leider gelingt Ihnen das ja auch.

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Sie haben gesagt, dass Ihnen die toten Vögel völlig egal sind! Auf dem Podium in Aachen!)

– Herr Brockes, ich habe noch nie gesagt, dass mir Vögel oder die paar Vögel egal sind. Das ist einfach eine Lüge. Das stimmt nicht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Herr Brockes, Ihnen sind Naturschutz und Artenschutz doch völlig egal! – Weitere Zurufe und Gegenrufe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe volles Verständnis dafür, dass Sie sich in dieser Haushaltsdebatte auch – ergänzend zu den Beratungen in den Fachausschüssen – austauschen. Hier hat jetzt aber Frau Abgeordnete Brems in der Aussprache zu dem Einzelplan 14 und dem Teilbereich Energie und Landesplanung das Wort. Es ist ein Gebot der Wertschätzung und der Höflichkeit, hier eine Atmosphäre zu haben, in der ein Zuhören auch möglich ist. – Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Ich komme zurück zu den Punkten, die ich noch ansprechen wollte, da sie wichtig wären und in einen solchen Landeshaushalt hineingehören. Wir haben schon vor einigen Wochen angefangen, darüber zu debattieren.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen ein Investitionsprogramm für die Kommunen, denn vor Ort passiert Klimaschutz und dort passiert auch Klimafolgenanpassung.

Da passiert hier aber noch viel zu wenig. Die Kommunen haben eine viel zu langsame Anpassungsstrategie. Sie brauchen Unterstützung, sie schaffen das alleine einfach nicht. Deswegen sind wir für ein solches Investitionsprogramm. Für Klimaschutzmanagerinnen, Klimaschutzkonzepte und Klimaanpassungskonzepte wären mindestens noch 40 Millionen Euro zusätzlich notwendig, damit es auch da ankommt, wo es wirklich vonnöten ist.

Morgen werden wieder viele junge Menschen auf der ganzen Welt für mehr Klimaschutz streiken, auch hier vor dem Landtag.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Was Sie hier als Klimaschutz verkaufen, reicht diesen Menschen zu Recht nicht. Es reicht nicht, sich einfach nur zum Klimaschutz zu bekennen. Das ist schön und loblich und mehr, als hier manch andere

tun. Aber Sie müssen auch danach handeln. Wir brauchen einen Kohleausstieg auf Bundesebene.

(Henning Rehbaum [CDU]: An uns soll es nicht liegen!)

Wir brauchen eine Stilllegung der Zertifikate. Das ist der eine Punkt, dafür sollten Sie sich auch einsetzen. Außerdem müssen Sie hier vor Ort die erneuerbaren Energien ausbauen, denn wenn man Wasserstoff in einen Hochofen einblasen will – und das in Zukunft vermehrt –, braucht man dafür erneuerbare Energien.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das können Sie nicht unabhängig voneinander sehen. Sie müssen die Kommunen unterstützen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Genau das haben wir vor, Kollegin!)

Sie müssen eigene Förderprogramme daraufhin überprüfen, ob sie auch wirklich mit dem Klimaschutz vereinbar sind. Zu einer nachhaltigen Finanzpolitik gehört, die nächsten Generationen im Blick zu behalten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist ein ständiger Prozess!)

Die nächste Generation steht morgen wieder buchstäblich vor Ihrer Tür und fordert statt ewiger Ausflüchte Ihr engagiertes Handeln beim Klimaschutz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Freynick das Wort.

Jörn Freynick (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Kollegin Brems! – Sehr geehrte Frau Kollegin Brems, schade, dass Sie es leider nicht schaffen, kurz zuzuhören.

(Wibke Brems [GRÜNE] wendet sich dem Redner zu.)

– Frau Brems, jetzt habe ich auch Ihre Aufmerksamkeit. Hervorragend. Ich will deutlich sagen: Wir können uns nicht allein auf Windenergie und Windräder konzentrieren, wenn wir über erneuerbare Energien sprechen.

(Beifall von der FDP – Wibke Brems [GRÜNE]: Das habe ich doch überhaupt nicht getan!)

Wir haben alle erneuerbaren Energien im Blick. Die Vorgängerregierung hatte hier falsche Prioritäten und hat allein auf Windenergie gesetzt. Das fällt Ihnen, fällt uns allen heute auf die Füße.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die NRW-Koalition verfolgt eine intelligente

(Zuruf von den GRÜNEN: Ooh! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Energie- und Klimaschutzpolitik, die Impulse für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit setzt und gleichzeitig den Herausforderungen des Klimawandels erfolgreich begegnet.

Für uns als NRW-Koalition ist klar, dass die Minderung der Treibhausgasemissionen eine ökologische Notwendigkeit darstellt und gleichzeitig als wichtiger Treiber zur Modernisierung wirtschaftlicher Strukturen beiträgt.

Hierbei messen wir dem Rheinischen Revier eine große Bedeutung zu. Mit unserem Sofortprogramm, das in diesem Jahr gestartet wurde, haben wir die Förderung des Bundes landesseitig ergänzt. Dadurch haben wir in der Region eine Aufbruchstimmung erzeugt, die erste Früchte trägt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Freynick, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Frau Kollegin Müller-Witt. Wo ist sie? – Ah, sie sitzt ordnungsgemäß auf ihrem Platz, wunderbar. – Werden Sie die Zwischenfrage zulassen?

Jörn Freynick (FDP): Ich lasse sie zu, ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Frau Kollegin Müller-Witt, Sie haben das Wort.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herzlichen Dank für die Zulassung der Zwischenfrage. Sie haben gerade davon gesprochen, dass die Landesregierung eine so intelligente Strategie auflege.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Gestern hat das DIW eine Studie zu den erneuerbaren Energien, ihrer Akzeptanz und ihrer Umsetzung veröffentlicht. Darin ist Nordrhein-Westfalen von Platz 13 auf Platz 16 gefallen. Können Sie mir den Zusammenhang zwischen der intelligenten Strategie und Platz 16 erklären?

(Ralph Bombis [FDP]: Akzeptanz!)

Jörn Freynick (FDP): Frau Müller-Witt, ich finde, wir müssen uns einfach mal ansehen, was in der Vergangenheit passiert ist.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Es gab hier in Nordrhein-Westfalen einen massiven einseitigen Ausbau der Windenergie.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Quatsch!)

Das ist es, was die Bürgerinitiativen und die Bürger in diesem Land auch heute noch beschäftigt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das stimmt so nicht!)

Und das ist der Grund für eine sinkende Akzeptanz und dafür, dass die Menschen sagen: Wir wollen das in dieser Form nicht, wir wollen auch andere Energieträger haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das haben wir mit dem neuen Landesentwicklungsplan, aber auch mit anderen Entscheidungen deutlich gemacht, indem wir beispielsweise mehr auf die Photovoltaik setzen und dem hier auch Rechnung tragen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich war gerade beim Rheinischen Revier und bleibe noch ein bisschen dabei: Das geplante Wärmespeicherkraftwerk

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Keine Antwort ist auch eine Antwort!)

und die Entwicklung der Modellregion BioökonomieREVIER Rheinland sind ein deutlicher Ausdruck dessen, was wir im Rheinischen Revier machen.

Darüber hinaus leistet die Zukunftsagentur Rheinisches Revier hervorragende Arbeit dabei, den dortigen Strukturwandel zu verwirklichen. Unser Ziel ist eine Eins-zu-eins-Umsetzung der Beschlüsse der Kohlekommission.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Für diese Aufgabe schaffen wir als Land allein bei der Zukunftsagentur Rheinisches Revier 20 weitere Stellen.

Sie können es nicht ertragen, dass wir in NRW das CO₂-Minderungsziel von 25 % gegenüber 1990 schon heute erreicht haben und voraussichtlich übertroffen werden.

(Zuruf von Sebastian Watermeier [SPD])

In Baden-Württemberg schafft es Ihr grüner Ministerpräsident nicht, diese Ziele zu erreichen.

(Beifall von der FDP)

Dort sind es lediglich 11 %. Wir hier in NRW haben unsere Hausaufgaben gemacht. Der Haushaltsentwurf 2020 verfolgt das Ziel eines innovativen, intelligenten und internationalen Energiesystems. Mit der in diesem Jahr von Minister Professor Pinkwart vorgelegten Energieversorgungsstrategie schaffen wir in NRW das, woran Berlin bisher gescheitert ist.

Wir sorgen für Planungssicherheit bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen. Unsere

Strategie für eine effektive und effiziente Energieversorgung beinhaltet zügigen Netzausbau, Gewährleistung gesicherter Erzeugungskapazitäten und moderner Speichertechnologien und die Nutzung nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien. Wir wollen die Dekarbonisierung unseres Landes und saubere Unternehmen. Die Umstellung und der Weg dorthin darf jedoch in keiner Weise den Industriestandort Nordrhein-Westfalen gefährden.

Um die Entwicklung einer treibhausgasneutralen Industrie voranzutreiben, bündeln wir in der von uns gestarteten Landesinitiative IN4climate das bestehende Know-how aus Wirtschaft und Wissenschaft, um die notwendigen Rahmenbedingungen für klimafreundliche Technologien in 2030 zu ermöglichen.

Landesplanung: In dem neuen Landesentwicklungsplan schaffen wir es, dass Kommunen einfacher und schneller Wohnraum vorsehen können. Wir werden damit für Unternehmen als Standort wieder attraktiver. Der neue LEP übervorteilt nicht allein mehr die Windenergie, sondern setzt auf eine größere Vielfalt, die auch die verstärkte Förderung von Photovoltaik und Geothermie einschließt.

Lieber Professor Pinkwart, ich danke Ihnen ganz herzlich für die ausgewogenen Änderungen am Landesentwicklungsplan. Das war ein hartes Stück Arbeit.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE] – Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber nicht gleich ausrutschen!)

Diese Beispiele zeigen: Mit dem Haushalt 2020 sorgen wir als NRW-Koalition dafür, unser Land zu modernisieren und klimafreundlicher zu machen und als Industriestandort Europas weiter zu sichern. Wir wollen ein modernes NRW gemeinsam und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger gestalten, wie es die Vorgängerregierung mit dem Ausbau der Windkraft getan hat. Wir wollen die Menschen in unserem Land bei diesem generationenübergreifenden Prozess mitnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Freynick. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, Frau Brems: Morgen mögen Tausende von Menschen weltweit für das Klima hüpfen. Morgen werden aber auch 8.640 Kinder an Hunger sterben – ein Problem, das wir jetzt schon lösen könnten, und dafür brauchen Sie nicht für das Klima zu hüpfen, sondern Sie könnten vor Ort helfen.

Jetzt zum Haushalt: Wieder einmal plant der Minister mit Luftschlossern. Alle Experten wissen: Es gibt keine wirtschaftlich verfügbaren Standorte für Pumpspeicherkraftwerke in NRW. Nur die Landesregierung will es nicht wissen oder verstehen. Die Landesregierung braucht nämlich diese Luftschlösser namens Pumpspeicherkraftwerke, denn für die Verhinderung von Blackouts, die unweigerlich mit dem Fortschreiten der Energiewende kommen werden, braucht man halt große Speicher. Also täuschen Sie, lieber Herr Pinkwart, die Menschen und sagen: Na klar werden Pumpspeicherkraftwerke gebaut. Schließlich fördert das ja die Landesregierung mit zwei Millionen Euro.

(Dietmar Brockes [FDP]: Es gibt auch andere Möglichkeiten!)

Ihre Bürgertäuschung decken wir jedes Jahr aufs Neue mit unseren Anfragen, lieber Herr Brockes, auf. Wir haben auch bei der Haushaltsaufstellung wieder einmal gefragt, ob es denn überhaupt einen einzigen Interessenten in NRW gibt, der solch ein Pumpspeicherkraftwerk bauen will. Die Antwort der Landesregierung war wie schon im letzten Jahr: Es gibt keinen. – Trotzdem steht diese Lüge immer noch in Ihrem Haushalt.

Luftschlösser und Lügen – das ist der Grundstein Ihrer sogenannten Energiewende, und damit keiner diese Lügen aufdecken kann, gibt man das Geld der Steuerzahler lieber für Pseudowissenschaftler aus. Das von Ihnen geförderte Wuppertal Institut widmet sich dann so wichtigen Themen wie „Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik“.

Ihre sogenannte Klimapolitik ist eine Bankrotterklärung für eine ehemals freiheitliche Politik. So urteilte vor einigen Wochen der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Dieter Kempf, über die deutsche Klimapolitik – ich zitiere –:

„Die Politik setzt sich im Klimabereich immer ehrgeizigere Ziele, ohne sich um die Antworten zu scheren, wie wir dies industrie- und auch gesellschaftspolitisch erreichen können.“

Sie scheren sich nicht mehr um die Probleme der Bürger. Luftschlösser und Lügen. Sie ignorieren schlichtweg die Sorgen der Bürger.

Die Blackouts in der Industrie nehmen zu. Ihre Antwort darauf: versorgungssichere Kohlekraftwerke abschalten.

Mehr als 300.000 Haushalten wird der Strom abgestellt, weil diese den nicht mehr bezahlen können. Ihre Antwort darauf: noch höhere Strompreise, nämlich aufgrund Ihrer teuren Subventionen für KWK, Photovoltaikanlagen, Geothermie usw.

Die Menschen können sich nicht einmal mehr ein gebrauchtes Auto leisten. Ihre Antwort darauf: Förderung von überteuerten E-Autos, damit die Millionäre

als Drittauto endlich ein E-Auto fahren können, und der Millionärssohn darf dann hier in Düsseldorf die Umweltspur nutzen, während der Malocher im Stau stehen darf.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja! Da war er wieder!)

Sie fördern auf dem Rücken unserer Bürger die Technologien des letzten Jahrtausends: Elektroautos, eine Technik, die im 19. Jahrhundert erfunden wurde und die von fortschrittlicheren Autos mit Verbrennermotoren abgelöst wurde. Inzwischen ist sogar die neueste Dieselsechologie in der Lage, den Feinstaub in stark belasteten Städten wie Stuttgart aus der Luft zu filtern.

Auch Windkraftanlagen wurden schon vor Jahrhunderten genutzt, nämlich um Korn zu mahlen. Aber auch diese Anlagen wurden durch den technischen Fortschritt überholt.

Aber das schert Sie alles nicht. Sie wollen weiter die Techniken subventionieren, die bereits unsere Großväter nicht mehr haben wollten.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Oh Gott!)

Keine Frage: Wenn die Chinesen E-Autos haben wollen, dann verkaufen wir den Chinesen natürlich auch E-Autos. Nur dafür müssen wir doch nicht die Deutschen zwingen, ebenfalls E-Autos zu kaufen. Übrigens kaufen die Chinesen jedes Jahr etwa 22 Millionen Autos mit Verbrennermotor und nur eine Million E-Autos.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Immerhin!)

Und, Herr Pinkwart und liebe Grüne: Die Chinesen bauen inzwischen Kernkraftwerke direkt neben ihren Großstädten und nutzen die Abwärme als Fernwärme für ihre Bürger. Ich habe das aber noch nicht von Ihnen gehört, Herr Pinkwart, dass Sie jetzt ebenfalls Kernkraftwerke fördern wollen, weil die Chinesen die ja auch haben. Das wäre sogar CO₂-neutral.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Wo kommt der Müll hin?)

– Wenn es um Müll geht: Sie interessiert ja auch nicht, wie die Batterien hergestellt werden und wo das Kobalt herkommt. Oder sollen wir lieber „Kobold“ sagen? Das ist ja bei den Grünen eher der Begriff dafür.

(Beifall von der AfD)

Fragen Sie mal Frau Baerbock.

Bei den sogenannten Klimaschutzausgaben hauen Sie 164 Millionen Euro raus, und da sind noch nicht die fünf Milliarden Euro dabei, die die NRW-Bürger ohnehin über die EEG-Kosten zu tragen haben.

Doch was wurde in den letzten 14 Jahren deutschlandweit erreicht? – 239 Millionen Tonnen CO₂ wurden eingespart, eine Menge, die in China in neun Tagen rausgehauen wird, emittiert wird. Das haben Sie alle in 14 Jahren gespart mit Ausgaben in Höhe von 189 Milliarden Euro.

Eine Zertifikatelösung wäre viel billiger gewesen. Ich habe Ihnen das mal vorgerechnet: etwa 2,5 Milliarden Euro. Die FDP behauptet immer, dass sie das wollte. Sie hätten es zwischen 2009 und 2013 selbst durchsetzen können, haben es aber nicht gemacht.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Christian Loose (AfD): Herr Lindner redet von der Zertifikatelösung, während Sie den Irrsinn weiterführen.

Wir müssen endlich die Dauersubventionen durch EEG, KWK-Förderung und anderen Blödsinn beenden. Wir brauchen keinen Ökosozialismus, wir brauchen technologieoffenen Wettbewerb und Marktwirtschaft für den Energiemix der Zukunft.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Christian Loose (AfD): Sie können heute damit anfangen, Herr Pinkwart. Streichen Sie das Kapitel 14 300 und ersparen Sie den Bürgern 164 Millionen Euro. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Loose für die Fraktion der AfD. – Als nächster Redner hat nun für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kurz zum Faktencheck: Herr Loose, der Verbrennungsmotor war vor dem Elektromotor da. Er geht auf Entwicklungen, die in Köln stattfanden, zurück: 1863 Otto und Langen, 1886 Carl Benz und 1905 die Radnabentechnologie von Ferdinand Porsche.

(Christian Loose [AfD]: Die Brennstoffzelle ist von 1838!)

Der Verbrenner war früher da, dann kam Elektro. Der Verbrenner hat sich aber durchgesetzt.

Jetzt erleben wir einen neuen Wettbewerb, und wir werden sehen, wie dieser entschieden wird. Wir sind nicht ideologisch, sondern gehen technologieoffenen ans Werk.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Davon merkt man aber nichts!)

Das gilt für Antriebstechnologien genauso wie für andere Technologien. Nur wäre es naiv, anzunehmen, dass wir in Deutschland alleine definieren könnten, wie die Welt fahren will. Um uns herum und auch in Europa haben manche Länder sich schon längst entschieden, ab einem gewissen Datum aus der Verbrennungstechnologie sogar ganz auszusteigen, was ich nicht empfehlen würde. Große Länder wie China, aber auch viele Bundesstaaten in Amerika haben sich dazu entschieden, andere Akzente zu setzen.

Wir leben davon, dass wir nicht nur die besten Autos der Welt erfinden und bauen, sondern auch davon, sie weltweit zu verkaufen. Deshalb müssen wir hier einen ganz starken Akzent setzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In Nordrhein-Westfalen tun wir das aus Gründen des Klimaschutzes, und deswegen ist hier auch, Frau Brems, die Batteriezellenfertigung völlig richtig verortet.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Das habe ich aber nicht gesagt!)

Dabei geht es nicht um den Forschungsanteil – der ist bei Frau Pfeiffer-Poensgen verortet –, sondern hier geht es um den Transfer bei den Themen der Speichertechnologie. Es geht nicht nur um den Speicher beim Elektroauto, sondern es geht bei der Batteriezellenforschungsfabrik um Batteriespeicher generell. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen ergründen, wie wir insbesondere Erneuerbaren-Strom speichern können; denn die Herausforderung bei der Weiterentwicklung unseres Energiesystems besteht doch darin, dass wir Schritt für Schritt von den fossilen Energien auf nachhaltige, erneuerbare Energien umstellen wollen.

Es ist nun einmal so, dass die Sonne nachts weniger scheint und der Wind nicht verlässlich 24 Stunden, sieben Tage in der Woche weht. Das ist keine neue Erkenntnis.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir müssen es schaffen, ein volatileres Energieangebot mit einer Nachfrage korrespondierend zum Ausgleich zu bringen. Wir müssen die Nachfrage flexibilisieren und Netze intensivieren, und wir brauchen Speicher im System, sowohl dezentral als auch überregional.

Genau das tun wir, und daran arbeiten wir gemeinsam mit allen anderen Bundesländern und dem Bund sehr intensiv. Das hätte in Deutschland vielleicht schon früher viel intensiver gemacht werden können. Aber wir haben in den letzten anderthalb, zwei Jahren bundesländerübergreifend noch einmal

die Abstimmung intensiviert, und das ist auch dringend nötig.

Natürlich haben wir uns hier in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland insgesamt ambitionierte Ziele gesetzt, das ist keine Frage. Aber warum sollten wir die Ziele nicht erreichen, wenn wir sie konsequent im Blick haben und die Maßnahmen umsetzen? Daran arbeiten wir auch.

Dafür können wir selbst eine Menge an Voraussetzungen schaffen; vieles davon ist bereits von Herrn Rehbaum und von Herrn Freynick sehr ausführlich und fundiert benannt worden, und es ist im Haushalt verankert. In dieser Hinsicht können wir vieles tun. Wir können die Rahmenbedingungen verbessern, aber wir sind natürlich auch darauf angewiesen, dass der Bund und andere Beteiligte ihre Rahmenbedingungen richtig setzen.

Reflexhaft sprechen Sie immer von dem Thema „Windkraft“: der Wind, der Wind. – Wenn es an Nordrhein-Westfalen läge, dann müssten alle anderen Länder in Deutschland beim Wind so was von dynamisch vorausseilen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das geschieht aber leider nicht, weil die Rahmenbedingungen bundesweit schwierig waren. Wir haben mitgeholfen, sie zu verbessern. Sie werden auch weiter besser werden, aber im Moment haben wir es mit Nachlaufeffekten zu tun. In diesem Jahr, einschließlich Oktober, ist Nordrhein-Westfalen in Deutschland auf Platz drei beim Windkraftausbau. In diesem Jahr sind achtmal mehr Windkraftkapazitäten ans Netz gegangen als im grün regierten Baden-Württemberg.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen: achtmal mehr!

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Wir sind hier in NRW! – Zuruf von Wibke Brems [GRÜNE] – Monika Düker [GRÜNE]: Es gibt auch welche, die besser sind!)

– Die Fläche ist gleich groß. – Im Brandenburger Wahlkampf plakatieren die Grünen: mindestens 1.000 m Abstand.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Habeck sagt im Fernsehen bei Lanz – ich habe mir den Mitschnitt kommen lassen –: Auf dem Land brauchen wir einen Mindestabstand, weil wir an die Akzeptanz denken müssen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wir haben das nicht in den LEP geschrieben, sondern Sie!)

Ich kann Ihnen den Ausdruck schicken.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Sie sind für NRW zuständig, meine Güte! – Weitere Zurufe)

– Aber entschuldigen Sie mal: Ihr Bundesvorsitzender, den Sie gerade wiedergewählt haben, ist für ganz Deutschland zuständig.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Wir sind in NRW!)

Ist der denn nicht auch für Sie relevant? Haben Sie den wegdefiniert?

(Beifall von der CDU, der FDP und Sven Werner Tritschler [AfD])

Er sagt, wir bräuchten einen Mindestabstand zur Akzeptanz und plädiert für Offshorewind.

(Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pscht!

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Er plädiert für starken Netzausbau.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wir können Ihnen auch jeden Tag Herrn Lindner vorhalten!)

Ich bin nicht geneigt, Herrn Habeck in allen Punkten zuzustimmen, aber wenn er mal recht hat, dann ist es auch nicht verkehrt, das zu erwähnen. Sie sollten aber auch zu dem stehen, was aus Ihrer Partei zum Ausdruck gebracht wird. Das gehört doch mit dazu.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit Blick auf die knappe Zeit möchte ich sagen: Wir haben eine Menge zu tun. Wir haben gute Voraussetzungen, und wir müssen intensiv daran arbeiten. Wir wissen, dass wir noch viel zu tun haben, auch bei den Erneuerbaren.

Letzter Faktencheck, Frau Beer: Nordrhein-Westfalen ist laut dieser Studie nicht von Platz 13 auf 16 zurückgefallen, sondern von Platz 10 auf 13. Beim Anteil der EE an der Stromerzeugung haben wir uns von Platz 11 auf 10 verbessert, bei der Fernwärme von Platz 13 auf 7, bei der Primärenergie von Platz 15 auf 12. Bei der Zunahme der Windkraft, wo wir dramatisch zurückgefallen waren, haben wir uns von Platz 9 auf Platz 6 verbessert.

Ich habe mir das genau angeguckt: In dem qualitativen Teil, in dem die Verbände der Erneuerbaren-Industrien befragt werden, haben wir schlechtere Noten bekommen, als Sie sie bekommen haben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Ach!)

Das halte ich für verschmerzbar. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zum Teilbereich b) Energie und Landesplanung nicht vor, sodass ich hierzu die Aussprache schließe.

Ich rufe auf:

c) Innovation, Digitalisierung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD der Kollegin Kampmann das Wort.

Christina Kampmann^{*)} (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele von uns gehen regelmäßig zu Fußballspielen oder anderen Sportveranstaltungen. Fußball und viele andere Sportarten pausieren in der Mitte der Spielzeit, die Mannschaften, die Einzelsportlerinnen und Einzelsportler kommen zusammen und überlegen, was in der ersten Halbzeit schlecht und was gut gelaufen ist.

In der Politik, auch hier im Landtag, ziehen wir ebenfalls eine Halbzeitbilanz nach zweieinhalb Jahren schwarz-gelber Landesregierung. Die Bilanz für die Digital- und die Innovationspolitik ist ziemlich eindeutig:

(Zurufe von Henning Rehbaum [CDU] und Daniel Sieveke [CDU])

Die erste Halbzeit verlief so, dass man die zweite Hälfte eigentlich überhaupt nicht mehr anpfeifen möchte.

(Beifall von Sebastian Watermeier [SPD])

– Danke, Sebastian.

(Heiterkeit von der SPD)

Während sich die Landesregierung dabei in ihrer eigenen Bilanz mit Selbstlob überhäuft – das haben wir heute den ganzen Tag über hören dürfen – und der Ministerpräsident schon damit beschäftigt ist, sich auf seine Kanzlerkandidatur vorzubereiten, warten die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wo waren denn Sie in den letzten zwei Monaten?)

– Bitte lassen Sie mich sagen, worauf die Bürgerinnen und Bürger warten. Sie warten immer noch auf eine digitale Verwaltung und einen Breitbandausbau.

(Zurufe von der CDU)

Vielleicht sollten Sie lieber zuhören, damit Sie es dann umsetzen können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Die Schülerinnen sowie die Lehrerinnen und Lehrer warten darauf, dass die Landesregierung endlich den DigitalPakt umsetzt und sie eine zeitgemäße digitale Ausstattung erhalten.

Arbeitnehmerinnen, Angestellte, Selbstständige und Beamte warten darauf, dass die digitale Transformation der Arbeitswelt endlich gestaltet wird. Darüber haben wir eben schon diskutiert.

Teile der Landesregierung haben aber noch gar nicht mitbekommen, dass auch sie etwas für die Digitalisierung tun müssen. Frau Gebauer und Herr Laumann ignorieren das Themenfeld gerne und setzen darauf, dass Herr Pinkwart als Digitalminister alles richten wird.

(Zuruf von Lorenz Deutsch [FDP])

Dieser wiederum ist unglaublich eifrig im Land unterwegs, um alle möglichen Start-ups zu besuchen und möglichst viel Wirtschaft zu entfesseln. Aufgrund dieser umfangreichen Entfesselung ist die Wirtschaft im ersten Halbjahr 2019 um sage und schreibe 0,1 % gestiegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Sozialdemokratin ist man natürlich immer wieder voller Hoffnung und Zuversicht, dass die riesigen Herausforderungen der Digitalisierung angepackt werden. Im täglichen Austausch mit vielen Bürgerinnen und Bürgern stehen dabei ganz unterschiedliche Fragen im Mittelpunkt – zum Beispiel, wie wir die Digitalisierung für mehr Teilhabe nutzen können, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit sich Beschäftigte noch besser und intensiver weiterbilden, und wo wir noch mehr Unterstützung leisten müssen, damit sich niemand beim digitalen Wandel zurückgelassen fühlt.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Aufgabe der Politik muss es sein, genau diese Fragen zu beantworten. Der Haushalt wäre dafür ein geeignetes Instrument. Seit über zwei Jahren hofft man also, dass Herr Laschet und Herr Pinkwart das für den nächsten Haushalt endlich verstanden haben.

Mit fast schon vorweihnachtlicher Vorfreude schaut man dann in den Haushalt für das Jahr 2020 und ist wieder voller Erwartungen.

Doch schon nach dem Öffnen des Pakets ist man sehr schnell wieder auf dem Boden der Tatsachen angekommen, und es wird sofort klar, dass auch der Haushalt für das kommende Jahr keine wichtigen Impulse für die Zukunft unseres Landes enthält. Er enthält keine Impulse zur Zukunft der Arbeitswelt, während die Verunsicherung bei vielen Beschäftigten wächst, keine Impulse zur digitalen Bildung, obwohl es so wichtig ist, dass auch zukünftige Generationen digitale Kompetenzen erwerben, und keine Impulse, die zu mehr Teilhabe führen, damit am Ende niemand abgehängt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon zu Beginn Ihrer Amtsperiode haben Sie den vorrangigen Ausbau von Glasfaseranschlüssen für Gewerbegebiete und Schulen versprochen. Auch das war heute schon Thema. Geschafft haben Sie das bislang immer noch nicht. Laut Ihrer sogenannten Gigabit-Strategie sind von den 3.674 Gewerbegebieten in Nordrhein-Westfalen aktuell nur 14 % mit Glasfaseranschlüssen versorgt. Im Bereich der Schulen – darüber haben wir heute schon gesprochen – sind es 21 %. Auch das ist nicht wirklich eine Erfolgszahl.

(Zuruf von Florian Braun [CDU])

– Lieber Florian Braun, ich erinnere an dieser Stelle daran, dass Sie bis zum Jahr 2022 alle Gewerbegebiete und Schulen anschließen wollen. Fangen Sie doch endlich mal damit an! Wir warten jetzt schon ziemlich lange darauf.

(Beifall von der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ist der Beifall ernst gemeint?)

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Themenfelder „künstliche Intelligenz“ und „Blockchain“ als die Zukunftsthemen für sich identifiziert. Leider scheint es Ihnen aber an Mut zu fehlen, diese entsprechend zu finanzieren.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Christina Kampmann^{*)} (SPD): Für künstliche Intelligenz werden im kommenden Jahr gerade einmal 18 Millionen Euro bereitgestellt. Schauen Sie mal nach Bayern; da ist es sehr viel mehr. Und wenn Sie sich anschauen, wieviel die großen privaten Firmen dafür zur Verfügung stellen, dann wissen Sie, dass das kein wirklicher Schwerpunkt dieser Landesregierung sein kann.

Uns überzeugt das Ganze nicht. Deswegen werden wir diesem Haushalt und dem Einzelplan nicht zustimmen und hoffen mal wieder auf das kommende Jahr. Vielleicht wird ja dann alles besser. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Kampmann. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Braun.

Florian Braun (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kolleginnen! Liebe Christina Kampmann, die Debatte von vor gut zwei Stunden brauchen wir wohl nicht zu wiederholen. Da habe ich schon einiges zu den Ausbauzahlen gesagt. Das wollten Sie aber nicht so richtig hören.

Kommen wir also zum Abschnitt „Innovation und Digitalisierung“ des Einzelplans 14. Seit zweieinhalb

Jahren arbeiten wir daran, den Nutzen für die Menschen in Nordrhein-Westfalen in den Mittelpunkt der Finanzplanung zu stellen.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf finden wir einen klugen Finanzierungsmix, mit dem wir als NRW-Politik in relevanten Bereichen Verantwortung tragen und tragen wollen: digitale Infrastruktur als Grundlage für eine moderne Gesellschaft und Wirtschaft, Transformationsprozesse in Handwerk und Mittelstand für Arbeitsplätze der Zukunft, Digitalisierung der Verwaltung für einen modernen und effizienten Staat, Unterstützung von innovativen Start-ups für Nachhaltigkeit im eigenen Land sowie Ausbau von Forschung und Entwicklung, um das Ohr an den Trends der Zeit zu haben.

Das sind fünf Bereiche, die ich persönlich für sehr bedeutsam für die Menschen, die Wirtschaft und unser Land halte. Es sind fünf Bereiche, die sich im vorliegenden Haushaltsentwurf wiederfinden. Auf ein paar Aspekte möchte ich konkreter eingehen.

Ich begrüße außerordentlich den neuen Haushaltsposten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Dafür sind 27 Millionen Euro neu mit einer Verpflichtungsermächtigung von weiteren 35 Millionen Euro eingeplant.

Das ist ein ganz wichtiger Posten, mit dem wir flächendeckend Angebote digitaler Verwaltungsleistungen des Landes schaffen, die den Kommunen zugutekommen.

Schon in den letzten zwei Jahren hat das Ministerium mit den Service- und Vergabeportal Gewerbe.NRW zentrale Angebote bereitgestellt, von denen die Kommunen profitieren. Ein wichtiger, ein richtiger Schritt, den das MWIDE nun weitergehen kann.

Ich weiß, dass auch die Opposition mit dem Erfolgsprojekt „Gründerstipendium“ zufrieden ist. Ab und zu hört man das tatsächlich auch. Das freut uns natürlich. Das ist vor einem Jahr gestartet. Im Sommer dieses Jahres wurde bereits das tausendste Stipendium vergeben.

Erst am Montag war ich mit ein paar Kollegen in der Digital Church in Aachen. Wir konnten uns da von weiteren Stipendiaten überzeugen, denen die 1.000 Euro im Monat geholfen haben, am Ball zu bleiben, um ihre Ideen weiterentwickeln zu können. Nun suchen sie fünf zusätzliche Mitarbeiter.

So haben wir uns das vorgestellt: Sie schaffen Innovation und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es ist nur folgerichtig, dass wir dafür weitere 3 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Stichwort: Unterstützung der Forschung in unserem Land. Die KI ist ein Zukunftsfeld für die Weiterentwicklung des Industriestandorts NRW. Kollege Matthi Bolte-Richter wird sicherlich die eingeplanten Millionen als zu wenig titulieren und gerne den Vergleich mit Bayern ziehen.

Ich hingegen bin zufrieden mit der Entwicklung des Kompetenznetzwerkes KI in NRW. Führende Professoren aus NRW schließen sich zusammen.

Es wurde bereits ein KI-Readiness-Check für Unternehmen entwickelt, eine Zertifizierung für nachvollziehbare und sichere KI zudem.

Ich bin daher den Ministern Pfeiffer-Poensgen und Pinkwart für die Initiative zu dem Netzwerk sehr dankbar.

Gerade wird die Plattform um einen KI-Graduiertenkollegen und ein Förderfonds KI-Starter für frische Absolventen ergänzt. Dafür gibt es weitere sinnvolle 7 Millionen Euro.

Diese Konzepte zeigen mir, dass wir in der deutschen KI-Landschaft vorne mitspielen und dass die Idee und das Konzept mehr zählen als die Höhe der Summe.

Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung sind auch sonst gern genommene Maximen der Grünen. Wenn man das auf die Haushaltspolitik überträgt, habe ich die Hoffnung, dass vielleicht an der Stelle noch Zustimmung erfolgt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben den Aufgaben der Funklochschießung befinden wir uns mitten in der spannenden Debatte um den nächsten Standard 5G. Auch da beteiligen wir uns als Land.

Im Ausschuss stand dazu der Vorwurf im Raum, dass die 5G-Haushaltsmittel gekürzt werden würden. Abgesehen davon, dass es vor der Regierungsübernahme gar keine Gelder dafür gab, werden sie jetzt aus rein fördertechnischen Gründen für 2020 gekürzt.

Over all bleibt es bei den 90 Millionen Euro für über drei Jahre; das hat der Minister klar zugesagt. Soweit, so gut.

Dann kam die SPD. Sie stellte genau einen Änderungsantrag im Ausschuss für Digitalisierung, nämlich 10 Millionen Euro mehr für die Titelgruppe für 5G.

Auf Nachfrage des Kollegen Matthi Bolte-Richter und vor dem Hintergrund des Erläuterten, was die SPD mit diesen 10 Millionen Euro eigentlich erreichen will, machte sich eine große Ideenlosigkeit bei der Kollegin Christina Kampmann breit.

Die einzige Antwort lautete dann: Da die SPD hier eine haushalterische Verantwortung trage, hätten sie

nicht mehr gefordert. Das war also nicht mehr als eine aus der Hüfte geschossene Ausrede, um zu übertünchen, dass man offenbar keinerlei Plan hat, aber mal fresh 10 Millionen Euro für 5G fordern wollte.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mir bereitet es Sorge, wenn man so verantwortungslos mit Steuergeldern umgeht. Das ist sicherlich keine haushalterische Verantwortung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Es bleibt festzustellen, dass wir uns nach den Sitzungen des Digitalausschusses und des Haushalts- und Finanzausschusses nun in der zweiten Lesung befinden.

In Summe wurde im Bereich Digitalisierung genau ein Änderungsantrag seitens der Opposition eingereicht. Wie gehaltvoll der war, habe ich gerade beschrieben.

Das lässt für mich nur eine Schlussfolgerung zu: So schlecht scheint der Einzelplan nicht zu sein, so schlecht scheint die Bilanz nicht zu sein. Deswegen empfehle ich die Annahme. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Braun. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Florian Braun, ich habe gerade schon gedacht, ob wir uns vielleicht im nächsten Jahr nicht einfach gegenseitig die Reden schreiben sollten. Das war schon gut antizipiert, was bei uns an Kritikpunkten zu diesem Einzelplan anzumerken ist.

Ich finde es interessant, dass wir uns an einer Stelle einig sind, denn Sie haben am Ende gesagt: Na ja, vielleicht doch gar nicht so schlecht. – Das war ja recht ostwestfälisch. Daher scheint es eventuell zu klappen.

Wir sollten uns an einer Stelle aber durchaus – es hat sich durch die ganze Debatte gezogen, dass da eine gewisse Einigkeit besteht – klar darüber sein, dass wir vor einem enormen Transformationsprozess stehen.

Ich will an dieser Stelle ganz klar sagen, dass uns dieser Transformationsprozess, dass uns die Bekämpfung der Klimakrise nur dann gelingen wird, wenn wir das digital gestalten.

Dafür brauchen wir Innovationen, dafür brauchen wir ganz großes Engagement. Wir haben einfach noch mehr zu tun, als das, was bisher passiert.

Was passiert bisher? – Wir bewundern im Moment ausschließlich die Investitionen, die es in künstliche Intelligenz in China und in Amerika gibt, ohne selbst einmal einen europäischen gemeinsamen Weg, der irgendwo zwischen den beiden „Anything goes“ – entweder radikal libertär oder radikal autoritär – liegt, zu definieren.

Das gelingt, wenn wir Algorithmen demokratisch zu kontrollieren lernen. Das gelingt auch, wenn wir IT-Sicherheit und Datenschutz als den Markenkern der deutschen IT-Wirtschaft definieren, stärken und nicht länger die deutsche Innenministerkonferenz das größte Risiko für den IT-Standort Deutschland ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten heute Mittag schon eine kleine digitalpolitische Generaldebatte. Ich will aus dieser Debatte mitnehmen, dass wir noch eine ganze Menge zu tun haben.

Über das Thema „Infrastrukturausbau“ haben wir sehr viel gesprochen. Ich würde mir da deutlich mehr Akzente wünschen, wenn es darum geht, die Kommunen wirklich zu unterstützen.

Das ist nicht nur eine Frage von Fördermitteln, sondern vor allem, wie es uns gelingt, dass die Fördermittel auch tatsächlich vor Ort ankommen. Es ist doch eine Quote, die uns allen gemeinsam Sorge machen muss:

Wenn 870 Millionen Euro bewilligt sind und davon nur 29 Millionen Euro ankommen, muss doch irgendetwas im System nicht funktionieren. Dann muss man wirklich die Vereinfachung des Verfahrens angehen und Bürokratie abbauen.

Das ist genauso bei der Gründungsförderung. Ich hoffe, dass die Gründungsförderung bei Schwarz-Gelb auch jetzt noch im Fokus bleibt. Dem letzten Start-up-Monitor konnten wir nämlich entnehmen, dass Gründerinnen und Gründer zu 43,6 % die Grünen als die Start-up-Partei wählen.

Hoffentlich bleiben Sie an dem Thema trotzdem dran, weil gerade jedes dritte Start-up, was in dieser Untersuchung befragt wurde, ein grünes Geschäftsmodell hat, das aktiv diese Transformation, von der ich eben gesprochen habe, mitgestalten will.

Diese Start-ups brauchen eine Unterstützung, die darüber hinausgeht, dass man schöne Fotos mit ihnen macht, man bewundert, was da passiert, und sie dann darauf verweist, dass es irgendwie eine allgemeine Gründungsförderung gibt, aber keine speziellen Angebote für sie.

Da erwarten wir tatsächlich ein deutliches Vorankommen. Bisher haben Sie alle Anträge von uns abgelehnt; vielleicht klappt es ja beim nächsten Anlauf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gern noch einen Punkt herausheben, nämlich die digitale

Verwaltung – zum einen, weil wir bei der digitalen Verwaltung die Erfahrung machen, dass Verwaltung für viele Menschen der einzige Zugang zur Staatlichkeit ist und wir insofern diesen Digitalisierungsprozess als einen Demokratierevitalisierungsprozess nutzen müssen.

Zum anderen – das ist etwas, was wir wirklich von Estland lernen können; es ist in Deutschland immer eine gewagte These, wenn man das sagt – kann öffentliche IT eine Top-Runner-Funktion haben und den Digitalstandort tatsächlich voranbringen, wenn man es gut macht, wenn man es sicher macht und wenn man es mit funktionierenden Infrastrukturen aufbaut, vor allem, wenn man digitale Administration nicht allein als ein Kostensparmodell versteht, sondern so aufbaut, dass diese digitale Verwaltung agiler, schneller bürgernäher ist und besser und effizienter für die Bürgerinnen und Bürger funktioniert.

Da hat Schwarz-Gelb die Hausaufgaben eindeutig nicht gemacht. Herr Minister, Sie haben dreimal Zeitpläne angekündigt, Sie haben sie dreimal gerissen.

Wir haben immer noch keinen Entwurf für das E-Government-Gesetz im Parlament. Es ist schön, dass Sie dazu noch eine weitere Konsultation machen; aber machen Sie da bitte endlich etwas.

Vor allem unterlegen Sie das tatsächlich mit einer wirklichen Finanzausstattung, die dann auch dazu führt, dass dieses Ziel erreicht wird. Wenn es schneller gehen soll, habe ich überhaupt nichts dagegen, aber es muss dann auch finanziell unterlegt sein, so dass es für die Verwaltung, für die Beschäftigten und am Ende des Tages auch für die Bürgerinnen und Bürger funktioniert.

(Zuruf von Florian Braun [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Bolte-Richter. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Matheisen.

Rainer Matheisen (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt gerade von Ihrer Seite aus eine ganze Menge darüber gehört, dass der Staat doch mehr Geld ausgeben soll, um Innovationen voranzutreiben. Da sieht man einen ganz fundamentalen Unterschied zwischen dem, was wir als FDP und CDU machen, und dem, was Sie machen wollen:

Innovationen werden nicht vom Staat gemacht, Innovationen werden von Menschen gemacht, die ihre Ideen, ihren Spirit, ihren Unternehmergeist einbringen,

(Marc Herter [SPD]: Genau! So entstand das iPhone!)

und die wollen wir unterstützen. Wir wollen keinen Staat, der Innovationen staatlich verordnet, sondern wir wollen fleißige Gründerinnen und Gründer, fleißige Unternehmerinnen und Unternehmer. Dafür stehen wir ein, und dafür steht auch dieser Haushalt, dieser Einzelplan.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die brauchen wir auch dringend, um wichtige gesellschaftliche Bereiche voranzutreiben. Beim Thema „Klima“ beispielsweise den wollen Sie mehr Steuern erheben, Sie wollen mehr reglementieren und verbieten. Wir wollen mit Innovationen,

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Oh! Das ist viel besser!)

wir wollen mit neuen digitalen Modellen das Klima und die Umwelt schützen. Das ist der richtige Weg.

Beim Verkehr wollen Sie Spuren sperren, Sie wollen Autos aussperren. Das ist der falsche Weg. Wir wollen Innovationen vorantreiben, um den Verkehr besser laufen zu lassen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE] – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Beim Thema „Teilhabe“ geht es darum, dass Sie an verschiedenen Stellen die Menschen bemitleiden und betüddeln wollen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Wir wollen ihnen gleichberechtigte Chancen geben. Das ist aber nur möglich mit den besten Ideen, und die werden von Erfindern und Erfinderinnen, von Gründerinnen und Gründern, von innovativen Unternehmen gemacht.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Den Wettbewerb um die besten Ideen wird NRW nur dann gewinnen, wenn wir diese Leute nach Nordrhein-Westfalen holen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Deswegen haben wir jetzt ein Drittel mehr für Gründerstipendien in diesen Haushalt eingestellt, ein Drittel mehr Mittel für das kommende Jahr, um jedem zu ermöglichen, sich selbstständig zu machen, ohne sich sorgen zu müssen, wie er seinen täglichen Lebensunterhalt bestreiten soll.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir stellen mehr Geld für Digital Hubs, für Exzellenz-Start-up-Center zur Verfügung. Wir geben mehr Geld, um die Vernetzung der Szene nach vorne zu treiben.

Wir wollen – das ist ein ganz wichtiger Punkt – alle, die in diesem Land etwas machen, die Innovationen

nach vorne treiben, von unnötiger Bürokratie entlasten. Wir wollen ihnen das Leben einfach machen. Deswegen haben wir jetzt 15 % mehr an Mitteln für die Umsetzung des E-Government-Gesetzes eingestellt.

Es kann nicht sein, dass alle, die hier in diesem Land etwas unternehmen, etwas tun wollen, daran scheitern, dass Sie Formulare ausfüllen und sich mit überflüssigen Regelungen auseinandersetzen müssen. Das muss einfacher gehen. Da ist diese Landesregierung gut unterwegs, und das drückt auch dieser Haushalt aus.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir wollen eine starke innovative Wirtschaft statt eines entmündigenden überbordenden Staats. Das ist der Schwerpunkt dieses Einzelplans, dieses Haushalts, das voranzutreiben, das nach vorn zu bringen. Deswegen bitte ich für diesen Einzelplan um Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann beim Thema „Digitalisierung“ nicht unbedingt behaupten, das spiele in der Selbstdarstellung der Regierungskoalition eine untergeordnete Rolle.

Nun muss man aber zur Halbzeit der Regierung vom Betrachten der Ankündigungen, Pläne und Strategien so langsam dazu übergehen, Ergebnisse oder zumindest Zwischenergebnisse zu bewerten. Da kann man der Landesregierung kein besonders gutes Zeugnis ausstellen.

(Zuruf von Florian Braun [CDU])

Beispiel Mobilfunk. Noch immer klaffen riesige Lücken in der Versorgung mit 4G, nicht nur in der Peripherie, sondern auch entlang wichtiger Verkehrsachsen oder sogar in den Ballungsräumen.

Frau Düker hat das gestern und heute Morgen schon angesprochen. Freilich hat sie natürlich vergessen zu erwähnen, dass es meist ihre Parteifreunde vor Ort sind, die aus jedem neuen Sendemasten eine strahlende Umweltkatastrophe machen. Da liegt nämlich das Hauptproblem.

Die Genehmigungsverfahren sind viel zu langsam, um mit dem Bedarf der Sendestandorte Schritt zu halten. Das ist kein Geheimwissen, aber eine Initiative, hier Abhilfe zu schaffen, kommt von der Landesregierung bisher nicht.

Jetzt kommt 5G, eine Technologie, die noch viel mehr Sendestandorte braucht. Das Problem wird sich vermutlich weiter verschärfen.

So werden wir, so werden Deutschland und NRW wahrscheinlich noch auf lange Sicht Mobilfunkentwicklungsland in einer Liga mit Ländern wie Albanien und Kasachstan bleiben.

Auch der Glasfaserausbau kommt nicht so recht in Schwung. Am Anfang war da sehr viel zu hören – Fiber First usw. Inzwischen ist es sehr ruhig geworden – auffallend ruhig.

Die Koalition beschränkt sich darauf, wohlklingende und folgenlose Anträge zu Mikroaspekten der Digitalisierung zu produzieren, hat aber offenbar die harten Fakten aus den Augen verloren.

Meine Damen und Herren, für den Staat ist Digitalisierung zuallererst eine Infrastrukturaufgabe. Man muss Kabel vergraben, regulatorische Rahmenbedingungen schaffen und Kapital bereitstellen. Das ist viel Arbeit, Kärnerarbeit, und nicht besonders sexy. Da kommt aber nichts.

Deshalb kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Ihre Digitalisierungspolitik tatsächlich die Tiefe und Nachhaltigkeit eines FDP-Wahlplakats hat, Herr Professor Pinkwart.

Dann hört man immer: Wir wollen hier die Größten und Besten werden. – Ich und meine Fraktion wären schon zufrieden, wenn wir international noch einigermaßen mithalten könnten.

Das Problem sehen Sie irgendwie ja auch, aber an die Lösung trauen Sie sich wohl nicht. Sie bedienen sich lieber des etatistischen Instrumentariums Ihrer Vorgänger. Das heißt, Sie stellen fest: Wir haben zu wenige Unternehmer, zu wenige Innovationen, zu wenige neue Produkte.

Dann denken Sie nicht darüber nach, dass zu hohe Steuern, zu hohe Energiepreise, zu viele Regulierungen, ein innovationsfeindliches Umfeld und zu wenige gut ausgebildete Leute das Problem sind.

Nein, Sie ersinnen das tausendste Förderprogramm für dieses und jenes. Das ist nett für den Minister, weil er große Schecks übergeben und vermeintlich imposante Fallzahlen präsentieren kann. An der Grundmisere im Land ändert das aber nichts. Das ist weiße Salbe – mehr nicht.

Herr Minister Pinkwart, Sie haben jetzt noch eine Halbzeit vor sich. Im Gegensatz zu Frau Kampmann bin ich durchaus der Meinung, dass man sie anpfeifen kann. Im Interesse unseres Landes wünsche ich Ihnen ehrlich, dass Sie noch ein bisschen was im Ärmel haben.

Sollte es dabei bleiben, wird man Ihnen am Ende wohl ein „Ungenügend“ attestieren müssen. Ihrem

Einzelplan werden wir jedenfalls schon aus diesen Gründen nicht zustimmen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Professor Dr. Pinkwart jetzt das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das mit der Halbzeitbilanz ist ja ein schönes Bild.

Frau Kampmann hat es in Worte gekleidet. Sie hatte gesagt, die erste Halbzeit verlief so, dass man die zweite Halbzeit nicht mehr anpfeifen möchte. Da Sie das ja aus Sicht der Opposition gesagt haben, empfinde ich das als Kompliment.

(Beifall von der FDP)

Dass Sie nicht noch mehr Erfolge sehen wollen, kann ich ja nachvollziehen, aber wir wollen sicherlich daran weiterarbeiten. Da uns Herr Tritschler ja auch eine Freigabe erteilt hat, wollen wir das versuchen.

Wir haben bei der Digitalisierung – das haben wir heute schon mal diskutiert – sicherlich noch eine Menge zu tun. Umso wichtiger ist es mir auch beim Thema „Innovationen“, dass wir hier zusammen diskutieren und versuchen, das so strategisch geordnet wie möglich und auch so transparent nachvollziehbar wie möglich zu tun.

Wenn wir uns schon so ehrgeizige Ziele setzen – daran wollen wir uns messen lassen –, bis 2022 gigabitfähige Anschlüsse an Schulen und Gewerbegebieten zu schaffen, ist es doch gerade beim Infrastrukturausbau entscheidend, dass wir wissen, mit welchen Schulen und Gewerbegebieten wir es zu tun haben und zeigen können, wann wir wo sind.

Wir können Ihnen durch die vorhandenen Abfragen und Aufnahmen belegen, dass wir jetzt schon 21 % der Schulen am Netz haben. Sie hatten damals eine Umfrage gemacht, die gar nicht fundiert war; das war eine externe Abfrage. Danach waren Sie bei 13 % bei den Schulen.

Bei den Gewerbegebieten können wir jetzt gesichert sagen: Wir haben 14 %. – Bei Ihnen wussten wir grob: Es waren vielleicht 6 %. Das war die Ausgangslage. Das ist das, was erreicht ist.

(Zuruf)

– Ja, so ist die Lage.

Wir wissen aber eben auch, dass wir zu Beginn des Jahres 2019 für 59 % der Schulen entweder schon den Anschluss oder eine klare Bewilligung und eine Planung hatten.

Jetzt haben wir das für 91 % der Schulen, weil entweder gebaut ist, bewilligt ist oder die Planung dafür vorliegt, weil es nicht nur ein geförderter Ausbau ist, sondern auch privatwirtschaftlicher Ausbau stattfindet.

Das Gleiche gilt für die Gewerbegebiete. Da haben wir es sogar überwiegend mit einem eigenwirtschaftlichen Ausbau zu tun. Hier wissen wir jetzt sicher: 14 % sind angeschlossen.

Es sind nicht mehr wie zu Anfang des Jahres 58 % insgesamt, die angeschlossen, bewilligt oder in Planung sind, sondern 83 %. Wir müssen uns also noch um die 17 % der Nichtgeplanten kümmern und bei den anderen mit dazu beitragen, dass jetzt die bewilligten oder im Bau befindlichen Maßnahmen zum Abschluss kommen.

Dafür haben wir jetzt 2020, 2021 und 2022 Zeit, also drei Jahre. Wir halten das nach und Sie auf dem Laufenden darüber, wo wir sind. Das ist ein ganz klar angelegter strategischer Prozess.

Das Gleiche gilt beim Mobilfunk. Wir haben erstmalig in Nordrhein-Westfalen mit Mobilfunkunternehmen ... So viel zur sozialen Marktwirtschaft und auch zur Ordnungspolitik: Nicht der Staat baut hier, sondern die Privaten bauen.

Wir haben die Privaten angesprochen und gefragt: Wo steht ihr? Wo wollt ihr hin? Wo ist euer Beitrag? – Dann haben wir eine freiwillige Vereinbarung getroffen, die wir jetzt arbeiten. Dabei sehen wir ganz klare Fortschritte. Ich glaube, so kommt man voran. Man muss sich was vornehmen, aber man muss das auch nachhalten. Das tun wir.

Das Gleiche gilt für das Thema „KI“; das ist hier dankenswerterweise angesprochen worden. Natürlich kann ich mich hinstellen und große Summen verkünden. Es ist doch nicht so, als stünden wir bei KI am Anfang.

Maschinelles Lernen ist in Nordrhein-Westfalen seit über 20 Jahren eine Forschungsdisziplin und wird in der Praxis gemacht. Wenn ich alle Forschungsbereiche, Lehrstühle und Forschungsaktivitäten der Unternehmen addiere, komme ich heute schon auf dreistellige Millionenbeträge in Nordrhein-Westfalen.

Die Frage ist doch: Wie entwickle ich das weiter? – Dazu haben wir ein Kompetenznetzwerk KI aufgebaut, um die Stärken in diesem Land zu bündeln, Forschung – wo immer möglich – noch weiter zu präzisieren und zu profilieren und dann die Anwendung in der Industrie voranzubringen.

Eine der größten Anwendungsbereiche für KI, die vom Landtag schon 2018 auf den Weg gebracht worden ist, ist die Weiterförderung von „it's OWL“ mit 53 Millionen Euro für die nächsten Jahre, denn dort spielen KI und maschinelles Lernen eine der ganz zentralen Rollen.

Das Gleiche gilt für das Thema „5G“. Hier haben wir ein Kompetenznetz aufgebaut und sind mit dem Mittelstand im Austausch. Hier haben wir 90 Millionen Euro für die nächsten Jahre an ganz konkreten Transfermöglichkeiten, damit wir 5G für den Mittelstand nutzbar machen können.

Das Gleiche gilt für das Thema „Cybersecurity“, bei dem wir die Stärken dieses Landes nutzen. Wir haben hier alle Möglichkeiten. Wir sind neben Israel hier im Herzen der Welt die führende Region für Cybersecurity. Das machen wir über alle Bereiche: Forschung, Lehre, Transfer.

(Unruhe)

Wir freuen uns, dass wir das neue Max-Planck-Institut für Cybersecurity nach Nordrhein-Westfalen holen können.

Wir haben im Bereich terrestrischer Systeme ein weiteres DLR-Forschungsinstitut hier nach Nordrhein-Westfalen geholt.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Wann haben Sie denn zu Ihrer Regierungszeit je so viele Institute nach Nordrhein-Westfalen geholt?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir bringen diese Infrastruktur mit der Wirtschaft zusammen und treiben damit Digitalisierung ganz gezielt voran. Wir nutzen die Möglichkeiten, über die Start-up-Förderung, Gründerstipendien, Start-up-Exzellenzzentren zu den innovativen Ausgründungen zu kommen, die wir mit dem Mittelstand und den großen Unternehmen verpartnern, damit wir auch die Früchte dieser Arbeit ernten können. Ich danke herzlich für die Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Der Minister hat für die Landesregierung die Redezeit um gut eine Minute überzogen.

(Zuruf von der CDU: Gibt's doch nicht!)

Gibt es den Wunsch nach weiteren Wortmeldungen aus den Fraktionen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Einzelplan 14.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8014, den Einzelplan 14 unverändert anzunehmen. Wir stimmen also über den Einzelplan ab. Wer dem Einzelplan seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. – Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Enthaltungen? – Das ist

nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 14 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 08
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen
und Wohnen**

a) Kommunales, GFG

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 – GFG 2020) und zur Änderung des Stärkungsgesetzes

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Kämmerling das Wort.

Stefan Kämmerling (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren! Herr Déus, Herr Höne und Frau Scharrenbach werden jetzt gleich etwas ausführen zu den Themen „Kommunalfreundlichkeit“ und „echte Verbundsätze“, zum Volumen und dazu, was alles ein Erfolg der Mehrheit hier im Haus sei.

Ich will versuchen, im Vorgriff auf diese drei Reden schon einmal eine Bewertung zum GFG vorzunehmen: Nach meiner Auffassung ist das GFG 2020 kein großer Wurf.

Ich will beginnen mit der Aufwands- und Unterhaltungspauschale – einer Erfindung von Frau Scharrenbach und der Mehrheit hier im Haus.

Diese Erfindung ist gegriffen und systemfremd. Die Pauschale wird jetzt auch noch überproportional angehoben. Sie folgt dem Prinzip, dass finanzstärkere gegenüber finanzschwächeren Kommunen bevorzugt werden.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das sehe nicht nur ich so. Ich darf mich eines Gutachters, Herrn Holler vom Städtetag Nordrhein-Westfalen, bedienen und aus der Anhörung zitieren:

„Die Aufwands- und Unterhaltungspauschale ist im GFG systemfremd, weil sie zum einen finanzkraftunabhängig ist, auf der anderen Seite aber nicht zweckgebunden.“

Herr Holler spricht in diesem Zusammenhang von einem Umverteilungsvehikel. Ich glaube, damit ist das, was Sie da erfunden haben, treffend beschrieben.

Zum Thema Einwohnergewichtung haben Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, hier am Pult, aber auch im Ausschuss in den vergangenen Monaten viele Reden geschwungen. Dann haben Sie ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dann haben Sie angekündigt, Sie würden die Grunddaten aktualisieren. – Passiert ist aber bis heute nichts.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Auch hier ist wieder interessant, einmal in die Anhörung zu schauen. Auch da darf ich wieder einen der Gutachter zitieren:

„Man kann, wenn man will, so lange Gutachten in Auftrag geben, bis man das politisch gewünschte Ergebnis erzielt. Die Frage ist, ob man sich damit einen Gefallen tut und ob man damit auch diesem Instrument der finanzwissenschaftlichen Begutachtung des GFG einen Gefallen tut.“

Schöner kann ich das auch nicht beschreiben, als der Sachverständige des getan hat.

Ich komme zum Thema „Hebesätze“. Auch bei diesem Thema bleiben Sie sich treu. Sie nehmen auch 2020 wieder künstliche Abschlagsregelungen vor. Argumente dafür gibt es keine. Das sehen auch alle kommunalen Spitzenverbände so, aber auch hier lassen Sie sich von Expertise nicht beeindrucken.

Das GFG kann man mit Blick auf die Kommunen nicht isoliert diskutieren. Darum will ich etwas zum Flüchtlingsaufnahmegesetz ausführen. Im Dezember 2015 hat Rot-Grün mit den kommunalen Spitzenverbänden die Umstellung auf eine echte Kopfpauschale vereinbart. Es folgte dann das allen bekannte Gutachten von Professor Lenk.

Seit 2018 sind den Kommunen mindestens 300 Millionen Euro entgangen. Die befinden sich nicht in Ihrem Landeshaushalt, für den Sie sich hier heute und in den vergangenen Tagen so gefeiert haben.

Die Kommunen selber sagen, dass sie 70 % der Flüchtlingskosten selbst tragen und das Land nur 30 % ersetzt. Dem können Sie, meine Damen und Herren, hier nicht viel entgegenhalten. Es müssen jetzt dringend rückwirkend die FlÜAG-Sätze angehoben werden.

In dem Zusammenhang kommen wir auch nicht umhin, einmal auf das zu blicken, was meinem Kollegen Ibrahim Yetim gestern von Herrn Stamp entgegnet wurde. Es ging um eine Pressemitteilung des Städte- und Gemeindebunds zu dem Thema. Dazu sagte Herr Stamp, da hätte er die Veranstaltung, auf der die Pressemitteilung beruht, anders verstanden.